Einzelpreis 10 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Reichspfennig Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Reichspfennige — Für komplizierten Satz Aufschlag. — Reklamepreis: Die 3spaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 50 Reichspfennige.

Organ der KPD., Bezirk Schlesien

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement bei wöchentlich 6maligem Erscheinen frei ins Haus monatlich 2,25 Reichsmark, wöchentlich 50 Pfennige. Einzelnummern durch Straßenhändler und Kioske 10 Reichspfennige. — Redaktion und Expedition Breslau, Gitschiner Straße 50. Postscheckkonto Breslau 544. Fernsprecher Breslau Ring [illegible]

7. Jahrgang. Dienstag, den 23. Juni 1925 Nummer 138

Her mit der Vollamnestie!

Sammelt dafür Millionen Unterschriften!

Werktätige in Stadt und Land! Die Reichsregierung will keine Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen! Was sie an ihrer Stelle dem Reichstage vorschlägt, ist eine Verhöhnung Eurer Forderung. Von den 7000 politischen Gefangenen würden höchstens 800 aus den Gefängnissen entlassen werden. Die übrigen sollen weiter in den Zuchthäusern und Gefängnissen der deutschen Republik einem barbarischen Strafvollzug überliefert bleiben.

Arbeiter, Klassengenossen! Das dürft Ihr nicht zulassen! Säumt keine Stunde! Laßt Eure Brüder in den Gefängnissen jetzt nicht im Stich! Durch einen gewaltigen Massenprotest, durch

Versammlungen und Demonstrationen

müßt Ihr Euren einmütigen Willen nach der Freilassung aller politischen Gefangenen erneut und mit verstärkter Kraft zum Ausdruck bringen. Ihr müßt diesen Euren Willen durch Delegationen sofort der Regierung und den Parteien übermitteln. Es ist höchste Eile geboten! In diesen Tagen will die Regierung durch den Reichstag ihren Amnestiebetrug vollenden lassen.

Aber nicht nur als Gesamtheit soll die werktätige Bevölkerung jetzt

mit höchster Energie die Vollamnestie fordern,

sondern auch jeder Einzelne muß jetzt mit seiner ganzen Person dieser Forderung Nachdruck verschaffen. Der Zentralvorstand „Rote Hilfe Deutschlands" hat deshalb beschlossen, eine große

Unterschriftensammlung im ganzen Reiche

durchzuführen, bei der jeder Einzelne durch seine eigenhändige Unterschrift die Forderung nach der Vollamnestie unterstützen soll.

Werktätige in Stadt und Land! In kurzer Zeit muß es möglich sein, Millionen von Unterschriften für diese Forderung zusammenzubringen, die den Regierungen im Reiche und in den Ländern unterbreitet werden sollen. Jeder von Euch muß sofort seine Unterschrift leisten und für die Einsammlung weiterer Unterschriften tätig sein.

Wir appellieren an die Vorstände und Funktionäre aller Arbeiterorganisationen, an alle Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute, daß sie in den Organisationen und Betrieben die Unterschriftslisten der „Roten Hilfe" zirkulieren lassen. In allen Wohnungen der Werktätigen muß in diesen Tagen mit der Einsammlung der Unterschriften begonnen werden. Die Jugendorganisationen und Sportvereine fordern wir auf, an den nächsten Sonntagen auf das Land zu gehen, um dort bei der Landbevölkerung die Amnestieforderungen unterzeichnen zu lassen.

Die Unterschriftensammlung muß zu einer tatkräftigen Unterstützung der Forderung für die Vollamnestie werden.

Unter ihrem Druck müssen die Regierungen und die Parteien gezwungen werden, Eurer Forderung nachzugeben. Der Amnestiebetrug muß an dieser Bewegung scheitern.

Alle unterzeichneten Listen sind sofort an die auf den Listen angegebenen Adressen zu schicken. Neue Listen sind, wenn keine andere Bezugsadresse bekannt ist, von dem Zentralbüro der Roten Hilfe Deutschlands, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 77/78

Arbeiter, Klassengenossen! Helft den politischen Gefangenen! Die Sammlung von Unterschriften muß gleichzeitig zur Werbung für die „Rote Hilfe" benutzt werden. Kräftigt ihr Hilfswerk für die politischen Gefangenen und deren Angehörigen!

Schafft Rote Hilfe!
Kämpft für die Vollamnestie!
Heraus mit den politischen Gefangen!

Berlin, den 20. Juni 1925

Zentralvorstand Rote Hilfe Deutschlands.

Millionenzölle auf Zucker und Salz

Reichstagssitzung vom 22. Juni

(Eigener Bericht.)

Berlin, 23. Juni.

Nach Erledigung einiger unbedeutender Abstimmungen wird in der Montagssitzung des Reichstages mit der Beratung eines **Gesetzes zur Aenderung der Verbrauchssteuer begonnen.** Der Reichsfinanzminister **Schlieben**, der den Gesetzentwurf begründet, teilt mit, daß die Zündwarensteuer, die Salz- und die Zuckersteuer **erhöht** werden sollen. Entgegen dem bisherigen Grundsatz solle nur das Speisesalz, aber **nicht das Gewerbesalz** mit Steuern belastet werden. Die Besteuerung des Gewerbesalzes sei **im Interesse der Industrie unzweckmäßig.**

Ganz brutal kündigt die deutschnationale Regierung immer neue Belastungen für die werktätigen Massen an. Mit wenigen Sätzen, ohne die Notwendigkeit dieser neuen Steuern zu begründen, tritt Herr v. Schlieben vor den Reichstag. Er weiß, die Parteien **von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen** werden ihm die Verbrauchssteuern bewilligen.

Der sozialdemokratische Redner **Wendemuth**, der scheinbar gegen die Zölle sprach, trat für **geringere Besteuerung von Zucker und Salz** ein. Die Sozialdemokraten unterstützen also den Raub durch indirekte Steuern an die arbeitenden Massen.

Für die kommunistische Fraktion sprach Genosse **Neubauer**, der den Zusammenhang zwischen den Verbrauchssteuern und der gesamten Steuergesetzgebung dieser Regierung kennzeichnet. Alle diese Gesetze gehen von ein und derselben innen- und außenpolitischen Plansorm aus. Der innenpolitische Gesichtspunkt der Steuergesetzgebung dieser Regierung ist: **die besitzende Klasse in außerordentlich starkem Maße zu entlasten und die besitzlose Klasse in erdrückendem Maße zu belasten.** (Sehr wahr b. d. Komm.) Diese Steuerpläne werden noch ergänzt durch das **Zollgesetz**, das gleichfalls eine ungeheuerliche Belastung für die werktätigen Massen darstellt. Das deutsche Proletariat muß in den nächsten Monaten und Jahren einen unerträglichen Druck öffentlicher Lasten tragen. Bei diesen Plänen wird die Reichsregierung **von der schwarz-weiß-roten wie von der schwarz-rot-goldenen Bourgeoisie** unterstützt.

Die Regierung bringt überall da, wo es sich um Besitzsteuern, um Körperschafts- oder Vermögenssteuern handelt, das Argument vor, daß es der Landwirtschaft und der Industrie äußerst schlecht gehe. Und mit diesem Argument werden die Steuern für die Besitzenden ermäßigt. Die Regierung will sogar neuerdings die ausgeschütteten Gewinne der Erwerbsgesellschaften **unbesteuert** lassen. Sie verzichtet auf die Versteuerung der Inflationsgewinne und bringt das Märchen vor, daß es Inflationsgewinnler in Deutschland gar nicht gäbe. Diese Regierung fühlt sich schließlich als Vertreterin ihrer Klasse, der Bourgeoisie.

Aber sobald es an die Besteuerung des Proletariats geht, erklärt die Regierung: man darf die Lohnsteuer nicht ermäßigen, sie muß **mindestens 1200 Millionen** bringen. Und so geht es mit allen Steuern, die die Besitzlosen belasten. Die 17 Millionen Salzsteuer kann die Regierung angeblich nicht entbehren. **Die Mietzinssteuer soll um rund 500 Millionen erhöht werden.** Die Gesamtbelastung der werktätigen Massen durch Reich, Länder und Gemeinden muß **auf rund 10 Milliarden** angegeben werden. Eine Aera des Hungers und des Elends zieht für das deutsche Proletariat auf, wenn die Zoll- und Steuerpläne dieser Regierung durchgeführt werden.

Die außenpolitische Grundlage dieser gesamten Steuergesetze sind die Zahlungen an die Entente. Bekanntlich gehört die Zuckersteuer zu den Einnahmen, die der Reparationskommission verpfändet sind. Durch die Steigerung der Zucker-, Bier-, Tabak- und Branntweinsteuer wird der sogenannte „Wohlstandsindex" erhöht. Nach diesem „Wohlstandsindex" richten sich die Ansprüche der Reparationskommission! Der Wohlstand steigt zwar nicht, sondern diese höheren Steuern werden auf Kosten der arbeitenden Massen aufgebracht. Dieser angebliche Wohlstand ist auf das Hungersterben des arbeitenden Volkes aufgebaut. Wir haben also die Tatsache zu verzeichnen, daß diese Regierung von Patrioten den Dank des sogenannten „Feindbundes" dafür in Anspruch nehmen kann, der Reparationskommission erhöhte Ansprüche zu ermöglichen. Wir fragen die Regierung: **Hat der Kommissar der Reparationskommission den Befehl zur Erhöhung dieser Steuer gegeben?** Wenn nicht, so müssen wir feststellen, daß das Reichsfinanzministerium mit erstaunlichem Eifer die Geschäfte der Reparationskommission besorgt. Den Sozialdemokraten gegenüber stellen wir fest, daß sie alle unsere Warnungen darüber, daß der Dawesplan die Ausplünderung der arbeitenden Massen bedeuten, verlacht haben. Die Sozialdemokraten sind es selbst gewesen, nachdem sie Regierungspartei geworden waren, die **alle diese Steuern aufrecht erhalten haben.** In Preußen und in allen anderen Ländern, so stellte erst vor einigen Tagen der Zentrumsabgeordnete **Brüning** hier fest, haben die Sozialdemokraten dieselbe proletarierfeindliche Steuerpolitik mitgemacht, die sie heute zu bekämpfen angeben. Die Oppositionsgeste der Sozialdemokratie macht auf die werktätigen Massen heute keinen Eindruck mehr.

Wer einen wirklichen Kampf gegen diese Steuern führen will, muß die proletarischen Massen mobilisieren. Die Sozialdemokraten, die den gesamten Apparat der Gewerkschaften in Händen haben, **hätten eine glänzende Gelegenheit**, die Massen zum Kampf gegen diese Steuerschmach zu mobilisieren. Wir Kommunisten haben schriftlich und mündlich in aller Oeffentlichkeit erklärt und erklären heute noch einmal, daß wir bereit sind, jeden Kampf und jede Form des Kampfes gegen diese Steuerschande mitzumachen. Zeigen Sie (zu den Soz.) nur, daß Sie wirklich kämpfen wollen!

Es kommt darauf an, das Joch der Bourgeoisie zu brechen!

Vom Tage

Der Reichsernährungsminister, Graf Kanitz, läßt der Presse mitteilen, daß die Gefahr einer neuen Steigerung der Lebensmittelpreise in der nächsten Zeit nicht von der Hand zu weisen sei. Die Ernte sei nur mittelmäßig ausgefallen, die Fleischpreise seien bereits gestiegen.

Gestern kam im Reichstag der Antrag der Kommunisten, der ein Verbot für ein Verbrauch von Lebensmittelprodukten zu Alkohol vorsieht, zur Abstimmung. Sämtliche bürgerlichen Parteien (auch die sogenannten Alkoholgegner stimmten gegen den Antrag.

Genosse Stöcker beantragte im Reichstag im Auftrage der Kommunistischen Fraktion die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses, der zur Entwaffnungsnote aus dem Sicherheitspakt Stellungnehmen soll.

Der „Montag Morgen" weiß über den Prozeß gegen die drei verhafteten Ehrhardleute in Moskau zu berichten, daß als Zeugen zu diesem Prozeß der Exkanzler Michaelis geladen worden sei ferner der Kapitänleutnant Ehrhardt, der sich aber entschieden, weigert der Ladung nachzukommen.

Der Druck der Rifkabylen an der französischen Front dauert unvermindert fort. Gleichzeitig haben sie die Stellungen zwischen Tetuan und Tanger, die beiden letzten Stützpunkte der Spanier in Marokko, angegriffen.

Nach englischen Blättermeldungen wurden in Alexandria und Port Said angebliche Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen.

Die Zollvorlage vor dem Reichstag

Löbe für die Durchpeitschung

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 23. Juni.

Die Zollvorlage ist gestern vormittag den Reichstagsabgeordneten zugestellt worden. Präsident Löbe schlug vor, die Vorlage bereits am Dienstag auf die Tagesordnung zu setzen, damit sie recht schnell erledigt werde.

Genosse Stöcker widersprach jedoch mit der Begründung, daß es keinem Abgeordneten möglich sei, sich innerhalb 24 Stunden von dem Inhalt der Note zu unterrichten.

Die Zollvorlage soll daher erst am Mittwoch auf die Tagesordnung kommen.

Schärfste Zuspitzung in China

(Eigener Drahtbericht.)

London, 22. Juni.

Trotz der Versuche der Handelskammer in Schanghai, den Proteststreik abzubrechen, ist es den nationalrevolutionären Studenten und Arbeitern gelungen, in zahlreichen Versammlungen die vorgestern abgehalten wurden, Oberhand zu behalten. Der Streik wird fortgesetzt. Der Handel liegt vollkommen still, so daß die Zölle nicht erhoben werden können. Sämtliche Geschäftsläden bleiben geschlossen.

Auch in Hankau verschärft sich die Lage zusehends. Europäische Truppen haben das Fremdenviertel besetzt. Auch hier dehnen sich die Streiks immer weiter aus. Die Arbeiter der Milchfarmen, Zeitungen, Schiffe, Bahnen haben die Arbeit niedergelegt.

Der amerikanische Konsul in Swatau hat telegraphisch um sofortige Entsendung von Marinestreitkräften gebeten.

In Peking wächst die Sympathie mit den Kämpfenden in der Provinz. Die Pekinger Professoren haben eine neue Kundgebung erlassen, in der sie die Entsendung chinesischer Truppen in die ausländischen Konzessionsgebiete fordern.

*

Berlin, 23. Juni.

Wie stark sich die Lage in China zuspitzt, weisen die Gerüchte über eine angebliche Kriegserklärung Japans an China (!) auf. Sie sind zwar unwahr, zeigen aber doch, wie ungeheuer explosiv die Situation eingeschätzt wird.

Wieviel Steuern sollen wir zahlen?

Kämpft gegen die Steuerbelastung der Werktätigen!

Der Kampf um die Lohnsteuer ist eine Frage, die jeden Arbeiter, jede Arbeiterin aufs direkteste angeht. Die Arbeiterfrau, die für ihre paar Groschen auf dem Markte die Lebensmittel für ihre Familie einkauft, weiß, daß der zehnprozentige Steuerabzug ihren Kindern soundsoviel Milch und Brot, soundsoviel Gesundheit und Lebenskraft raubt. Wenn es anders werden soll, muß aber jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, die diesem Steuersystem den Kampf ansagen, zuerst auch wissen, um was es geht. Wie sehen die Steueranträge aus, die von den verschiedenen Parteien eingebracht wurden? Wir bringen im folgenden eine kurze Zusammenstellung, die unsere Leser über die steuerlichen Anträge informieren soll.

Wer soll Steuern zahlen?

Wo nichts ist, ist auch nichts zu holen! Demnach konnten die Kleinsten nicht besteuert werden. Aber welches kleinste Einkommen soll als steuerfrei betrachtet werden?

Es wurden vor dem Kriege (siehe Rubrik 1) in Preußen (1913 u. 1914) schon ein Jahreseinkommen von 960 M. besteuert, u. zwar mit 15 Mark (1,6 Prozent) bei gleichzeitiger 150proz entiger Gemeindesteuer. Der jetzige Hindenburgblock (Rubrik 2) ist „edler"; in Anbetracht der Geldentwertung (Teuerung) soll erst das Jahreseinkommen von über 960 Mark besteuert werden, und zwar mit 3 Prozent. Die Sozialdemokratie (Rubrik 3) setzt das steuerfreie Einkommen von 100 Mark monatlich fest. Alle, die über 1200 Mark Jahreseinkommen haben, sollen Steuern zahlen. Der Vorschlag des Hindenburgblocks wird in Kürze Gesetz sein, wenn nicht die Arbeiterschaft mehr durchsetzt.

Wir Kommunisten (Rubrik 4) kämpfen für ein steuerfreies Existenzminimum bis zu 4000 Mark jährlich. Betrachten wir diese Steuerauswirkungen für verschiedene Gruppen:

Lediger Steuerzahler:

Einkommen Mark	1: 1913 Steuerbetrag	1: 1913 Prozent	2: Hindenburg Steuerbetrag	2: Hindenburg Prozent	3: SPD. Steuerbetrag	3: SPD. Prozent	4: KPD. Steuerbetrag	4: KPD. Prozent
960	15,0	1,6	—	—	—	—	—	—
1200	22,5	1,9	24,0	2,0	—	—	—	—
1500	42,0	2,8	54,0	3,6	30,0	2,9	—	—
1800	68,0	3,7	84,0	4,7	60,0	3,3	—	—
2100	81,0	3,8	114,0	5,4	90,0	4,3	—	—
2400	94,5	3,9	114,0	6,0	120,0	5,0	—	—
3000	135,5	4,5	204,0	6,8	180,0	6,0	—	—
3600	192,5	5,3	264,0	7,3	240,0	6,7	—	—
4000	253,0	6,3	304,0	7,6	280,0	7,0	40,2	1,0
4800	324,0	6,7	384,0	8,0	360,0	7,5	120,0	2,5
6000	401,5	6,7	504,0	8,8	480,0	8,0	240,0	4,0

Verheirateter ohne Kinder:

Einkommen Mark	1: 1913 Steuerbetrag	1: 1913 Prozent	2: Hindenburg Steuerbetrag	2: Hindenburg Prozent	3: SPD. Steuerbetrag	3: SPD. Prozent	4: KPD. Steuerbetrag	4: KPD. Prozent
960	15,0	1,0	—	—	—	—	—	—
1200	22,5	1,9	21,6	1,8	—	—	—	—
1500	42,0	2,8	46,6	3,3	18,0	1,2	—	—
1800	68,0	3,7	75,6	4,2	48,0	2,7	—	—
2100	81,0	3,8	102,6	4,9	78,0	3,7	—	—
2400	94,5	3,9	129,6	5,4	108,0	4,5	—	—
3000	135,5	4,5	183,6	6,1	168,0	5,6	—	—
3600	192,5	5,3	237,6	6,6	228,0	6,3	—	—
4000	253,0	6,3	273,6	6,8	268,0	6,7	—	—
4800	324,0	6,7	345,6	7,2	348,0	7,2	80,0	1,7
6000	401,5	6,7	453,6	7,6	468,0	7,8	200,0	3,3

Verheirateter mit einem Kind:

Einkommen Mark	1: 1913 Steuerbetrag	1: 1913 Prozent	2: Hindenburg Steuerbetrag	2: Hindenburg Prozent	3: SPD. Steuerbetrag	3: SPD. Prozent	4: KPD. Steuerbetrag	4: KPD. Prozent
960	15,0	1,0	—	—	—	—	—	—
1200	22,5	1,9	19,2	1,6	—	—	—	—
1500	42,0	2,8	43,2	2,9	6,0	0,4	—	—
1800	68,0	3,7	67,2	3,7	36,0	2,0	—	—
2100	81,0	3,8	91,2	4,3	66,0	3,1	—	—
3000	136,5	4,5	163,2	5,4	156,0	5,2	—	—
3600	192,5	5,3	211,2	5,9	216,0	6,0	—	—
4000	253,0	6,3	243,2	6,1	256,0	6,4	—	—
4800	324,0	6,7	307,2	6,4	336,0	7,0	40,0	0,84
6000	401,5	6,7	403,2	6,7	456,0	7,6	160,0	2,7

Verheirateter mit zwei Kindern:

Einkommen Mark	1: 1913 Steuerbetrag	1: 1913 Prozent	2: Hindenburg Steuerbetrag	2: Hindenburg Prozent	3: SPD. Steuerbetrag	3: SPD. Prozent	4: KPD. Steuerbetrag	4: KPD. Prozent
960	6,0	0,6	—	—	—	—	—	—
1200	15,0	1,2	14,4	1,2	—	—	—	—
1500	30,6	2,0	32,4	2,2	—	—	—	—
1800	55,0	3,0	50,4	2,8	12,0	0,7	—	—
2100	68,0	3,2	68,4	3,6	42,0	3,0	—	—
2400	81,0	3,4	86,4	3,6	72,0	3,0	—	—
3000	115,5	3,8	122,4	4,1	132,0	4,4	—	—
3600	165,0	4,6	184,8	5,1	192,0	5,3	—	—
4000	220,0	5,5	212,8	5,3	232,0	5,8	—	—
4800	286,0	5,9	268,8	5,6	312,0	6,5	—	—
6000	263,0	6,0	352,8	5,9	432,0	7,2	120,0	2,0

Verheirateter mit drei Kindern:

Einkommen Mark	1: 1913 Steuerbetrag	1: 1913 Prozent	2: Hindenburg Steuerbetrag	2: Hindenburg Prozent	3: SPD. Steuerbetrag	3: SPD. Prozent	4: KPD. Steuerbetrag	4: KPD. Prozent
960	3,6	0,4	—	—	—	—	—	—
1200	6,0	0,5	—	—	—	—	—	—
1500	22,5	1,5	21,6	1,4	—	—	—	—
1800	42,0	2,3	33,6	1,9	—	—	—	—
2100	55,0	2,6	45,6	2,2	18,0	0,9	—	—
2400	68,0	2,8	57,6	2,4	48,0	2,0	—	—
3000	94,5	3,1	81,6	2,7	108,0	3,5	—	—
3600	136,5	3,8	132,0	3,7	168,0	4,7	—	—
4000	192,5	4,8	132,0	3,8	208,0	5,2	—	—
4800	253,0	5,2	192,0	4,0	288,0	6,0	—	—
6000	324,5	5,4	252,0	4,2	408,0	6,8	80,0	1,3

Verheirateter mit vier Kindern:

Einkommen Mark	1: 1913 Steuerbetrag	1: 1913 Prozent	2: Hindenburg Steuerbetrag	2: Hindenburg Prozent	3: SPD. Steuerbetrag	3: SPD. Prozent	4: KPD. Steuerbetrag	4: KPD. Prozent
960	3,6	0,4	—	—	—	—	—	—
1200	6,0	0,5	—	—	—	—	—	—
1500	22,5	1,5	10,8	0,7	—	—	—	—
1800	42,0	2,3	16,8	0,9	—	—	—	—
2100	55,0	2,6	22,8	1,1	—	—	—	—
2400	68,0	2,8	28,8	1,2	24,0	1,0	—	—
3000	94,5	3,1	40,8	1,4	84,0	2,8	—	—
3600	136,5	3,8	79,2	2,2	144,0	4,0	—	—
4000	192,5	4,8	91,2	2,3	184,0	4,6	—	—
4800	253,0	5,2	115,2	2,4	264,0	5,5	—	—
6000	324,5	5,4	151,2	2,5	384,0	6,4	40,0	0,6

Verheirateter mit fünf Kindern:

Einkommen Mark	1: 1913 Steuerbetrag	1: 1913 Prozent	2: Hindenburg Steuerbetrag	2: Hindenburg Prozent	3: SPD. Steuerbetrag	3: SPD. Prozent	4: KPD. Steuerbetrag	4: KPD. Prozent
960	1,8	0,2	—	—	—	—	—	—
1200	3,6	0,4	—	—	—	—	—	—
1500	15,0	1,0	—	—	—	—	—	—
1800	31,5	1,7	—	—	—	—	—	—
2100	42,0	2,0	—	—	—	—	—	—
2400	55,0	2,3	—	—	—	—	—	—
3000	81,0	2,7	—	—	60,0	2,3	—	—
3600	115,5	3,2	26,4	0,73	120,0	3,3	—	—
4000	165,0	4,1	30,4	0,76	160,0	4,0	—	—
4800	220,0	4,6	38,4	0,80	240,0	5,0	—	—
6000	286,0	4,8	50,4	0,84	360,0	6,0	—	—
7200	401,5	5,6	62,4	0,87	480,0	6,7	120,0	2,8
8400	484,0	5,7	74,4	0,89	600,0	7,1	240,0	2,8

Verheirateter mit sechs Kindern:

Einkommen Mark	1: 1913 Steuerbetrag	1: 1913 Prozent	2: Hindenburg Steuerbetrag	2: Hindenburg Prozent	3: SPD. Steuerbetrag	3: SPD. Prozent	4: KPD. Steuerbetrag	4: KPD. Prozent
960	1,8	0,2	—	—	—	—	—	—
1200	3,6	0,4	—	—	—	—	—	—
1500	15,0	1,0	—	—	—	—	—	—
1800	31,5	1,7	—	—	—	—	—	—
2100	42,0	2,0	—	—	—	—	—	—
2400	55,0	2,3	—	—	—	—	—	—
3000	81,0	2,7	—	—	36,0	1,2	—	—
3600	115,5	3,2	—	—	96,0	2,7	—	—
4000	165,0	4,1	—	—	136,0	3,4	—	—
4800	220,0	4,6	—	—	216,0	4,5	—	—
6000	286,0	4,8	—	—	336,0	5,6	—	—
7200	401,5	5,6	—	—	456,0	6,3	120,0	1,7
8400	484,0	5,7	—	—	567,0	6,8	240,0	2,8

Wir empfehlen, diese kurzen Tabellen sich ganz genau anzusehen und sie zu vergleichen. Da zeigt sich vor allem die Tendenz des Hindenburg-Steuerprogrammes, die dahin geht, die Steuerabzüge für die Kinder gleichmäßig anzuwenden für kleine und große Einkommen. Jedermann begreift, daß eine Steuerbelastung von soundsoviel Prozent bei einem großen Kapitalisten-Einkommen eine Lappalie sein kann, während derselbe prozentuale Abzug bei einem Wocheneinkommen von 25 Mark für eine Arbeiterfamilie das Hungern bedeutet. Die Steuerfreiheit im Hindenburg-Programm bis 8400 Mark bei sechs Kindern kommt für die wenigsten Proleten in Betracht, dagegen betrachte man die Steuerabzüge bei zwei oder drei Kindern nach dem Hindenburg-Programm und vergleiche sie mit den kommunistischen Anträgen. Die Tendenz des Hindenburg-Programms ist:

Belastung der großen Massen der Werktätigen
Schonung der großen Einkommen.

Wenn wir uns den großen Einnahmen zuwenden, also dort wo der Staat tatsächlich große Steuersummen abziehen könnte, sehen wir, daß die Kapitalistenpartei mit dem Hinaufschrauben der Steuerschraube sehr vorsichtig ist. Wir haben folgende

Uebersicht über die tarifmäßige Einkommensteuer eines ledigen Steuerpflichtigen nach dem Tarif der:

8000	740	9,3	720	9,0	720	9,0	1080	13,5
10000	1010	10,1	950	9,5	950	9,5	1380	13,8
20000	2800	14,0	2700	13,5	2700	13,5	4800	24,0
30000	5100	17,0	5300	17,7	5300	17,7	10220	34,0
40000	7600	19,0	8300	20,7	8500	21,2	17640	44,1
50000	10200	20,4	11500	23,0	12000	24,0	24600	49,2
60000	13200	22,0	15000	25,0	16000	26,7	32560	54,3
100000	25300	25,3	30000	30,0	33250	33,3	64480	61,5
200000	60300	30,2	70000	35,0	83250	41,6	164200	82,1
500000	165300	33,11	80000	16,0	233250	46,6	464200	92,8
1000000	333333	33,33	90000	9,0	483250	48,3	964200	96,4

Der 8-Stundentag im oberschlesischen Baugewerbe beseitigt

Ein unannehmbarer Schiedsspruch

(Zu einem Teil der heutigen Auflage wiederholt!)

Gleiwitz, 22. Juni.

Der Gleiwitzer Schlichtungsausschuß fällte folgenden Schiedsspruch für das oberschlesische Baugewerbe:

Die Löhne im Baugewerbe sollen vom 2. Juli ab betragen: für die Maurer 80 Pf., für die geübten Bauhilfsarbeiter 68 Pf. und für die Tiefbauarbeiter 50 Pf. für die Stunde. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt gemäß § 1 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 in der Woche 48 Stunden. Mit Rücksicht auf die Beschleunigung des Wohnungs- und Siedlungsbaues im Industriebezirk und die Bestimmung der Wohnungsnot in Oberschlesien ist der Arbeitgeber nach Anhörung der Betriebsvertretung berechtigt, die Arbeitszeit auf 54 Stunden wöchentlich festzusetzen. Der nach § 3 des Bezirkstarifvertrages vom 14. Mai 1925 für Ueberstunden vorgesehene Ueberstundenzuschlag wird dann auf die Arbeitszeit von 54 Stunden in der Woche in der Weise abgegolten, daß sich der Stundenlohn um 2 Pf. erhöht, bei den Tiefbauarbeitern um 1 Pf. Die Löhne der übrigen Arbeiter errechnen sich im Verhältnis wie bisher.

Diese Regelung gilt bis zum 31. Oktober 1925.

*

Dieser Schiedsspruch, der die Beseitigung des Achtstundentages und die 54-Stundenwoche bringt, ist unannehmbar für die oberschlesischen Bauarbeiter und muß im Interesse aller Arbeiter abgelehnt werden.

Abgesehen davon, daß die Annahme eines solchen Schiedsspruches für die in Mittelschlesien zurzeit schwebenden Verhandlungen maßgeblich wirken und die Beseitigung des Achtstundentages im gesamten schlesischen Baugewerbe bedeuten würde, muß auf die grundsätzliche Bedeutung des in Gleiwitz gefällten Schiedsspruches hingewiesen werden. Es bedeutet ein weiterer Vorstoß des Unternehmertums gegen die für den Achtstundentag kämpfende Arbeiterschaft. Wenn die Unternehmer sich hierbei ein soziales Mäntelchen umhängen und ihren Vorstoß mit der Wohnungsnot begründen, so ist dies perfide Heuchelei ...

Die Bauunternehmer haben ein Interesse an der Wohnungsnot, damit die Mieten hoch bleiben.

Zahlreiche Bauarbeiter in Schlesien und Oberschlesien sind arbeitslos.

In Breslau wurden in den letzten Tagen über 50 Bauarbeiter entlassen. Auch aus zahlreichen anderen Städten werden Entlassungen gemeldet. Offenbar wollen die Unternehmer die Bauarbeiter durch Stoßschläge auf den Magen gefügig machen, um die 54-Stundenwoche in ganz Schlesien durchzudrücken.

Todesstrafe im Magdeburger Spitzelprozeß beantragt

(Eigener Drahtbericht.)

Leipzig, 23. Juni.

Der Reichsanwalt Flögel und der beauftragte Dr. Neumann beantragte im Magdeburger Spitzelprozeß Todesstrafe, obwohl dessen Unschuld am Mord des Spitzel Jonas erwiesen ist. Gegen Winkel und Warnke beantragte der Reichsanwalt je 4 Jahre Zuchthaus, gegen Schmidt, dem keinerlei Verbindung mit der Tat nachgewiesen werden kann, 4 Jahre Gefängnis. Der Antrag des Reichsanwalt stützt sich lediglich auf die widersprechenden Aussagen eines als Spitzel entlarvten Zeugen. Die Urteilsverkündung ist auf Mittwoch festgesetzt worden.

Für den Kampf gegen Zollwucher

Berlin, 22. Juni.

Die Betriebsräte der Firmen Osram und Mercedes, die sich aus Mitgliedern der SPD., KPD. und aus parteilosen zusammensetzen, nahmen einstimmig eine Entschließung an, in der der einheitliche Kampf aller Arbeiter gegen den Zollwucher der Regierung gefordert wird. Die Entschließung verlangt vom Vorstand des ADGB. sofortiges Eingreifen und erinnert an das Wort Legiens, daß gegen den Willen der Arbeiter sich keine Regierung 24 Stunden lang halten kann.

Millionenunterschlagungen eines sozialdemokratischen Landrats

Bad Liebenwerda, 23. Juni.

Hier ist eine der größten Betrügereien an die Oeffentlichkeit gekommen. Unter starker Anteilnahme der Bevölkerung befaßte sich der Kreistag Liebenwerda mit den Unterschlagungen des sozialdemokratischen Landrats Vogel und seines Parteigenossen, des Kreissparkassendirektors Merkes. Beide hatten sich ungeheuerliche Finanzschiebungen zu schulden kommen lassen. Im Laufe der Zeit haben sie die Kreissparkasse und dadurch die kleinen Sparer um 780000 Mark betrogen. Sämtliche Unterschlagungen gingen durch die privaten Akten der Beamten. Aus den Büchern waren die Betrügereien nicht zu erkennen.

In der Aussprache über diesen Fall vor dem Kreistag hatten die Kommunisten den Antrag gestellt, sofort die beiden Betrüger verhaften zu lassen. Einstimmig wurde selbst mit den Stimmen der Sozialdemokraten diesem Antrag zugestimmt. Es kam jedoch zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, da die ersteren die Sozialdemokraten beschuldigten, die Betrüger bis zum letzten Moment gedeckt zu haben. Erwähnenswert ist noch, daß der Landrat Vogel ein persönlicher Freund des Oberpräsidenten Hörsing und ein besonderer Schützling des Innenministers Severing war. Vogel hatte schon eine äußerst bewegte Laufbahn hinter sich. Er war der Sohn eines bayrischen Hofrates, war Redakteur an einer sozialdemokratischen Zeitung in Schlesien. (Wahrscheinlich Mitarbeiter des schönen Paul vom Lehebach. Die Red.) Dann wurde er Militärkommandant bei den Baltikumern, um nach dem Kampf gegen die Bolschewisten von seinem Parteigenossen, dem Regierungspräsidenten Bergemann, als Landrat in Liebenwerda eingesetzt zu werden.

Regierungsverhandlungen in Preußen

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 23. Juni.

Die Verhandlungen wegen Neubildung der preußischen Regierung werden fortgesetzt. Es fanden Besprechungen zwischen Deutschnationalen, Zentrum und Sozialdemokraten statt, über deren Ergebnis noch nichts bekannt ist. Das Zentrum will mit mit konkreten Vorschlägen hervortreten.

Vom 14. bis 28. Juni

Johannisfest

mit Hagenbecks Singhalesenschau

Heute: Aera-akrobatische Künste im Freiballon von Elvira Wilson

Handballspiele, Faustballspiele und turnerische Vorführungen vom Leichtathletik-Verband

Dauernde Vorführungen aller Sehenswürdigkeiten

Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pf. — Kinder 10 Pf.

Dauerkarten bei Gebr. Barasch zu herabgesetzten Preisen: Erwachsene nur 1 Mark — Kinder nur 25 Pfg.

Geschlossen geführte Schulen zahlen pro Kind 30 Pfg. zum Eintritt für den Festplatz und zu Hagenbecks Völkerschau

Voranzeige für Mittwoch: (Johannistag) **Größter Elitetag!** Johannisfeuer, Riesenprachtfeuerwerk Ballonaufstieg

Die Zuckerproduktion

Zur Magdeburger Zuckerausstellung.

Von Horst Fröhlich-Magdeburg.

In Magdeburg ging dieser Tage eine der größten europäischen Zuckerausstellen zu Ende. Sie gab einen guten Ueberblick über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Zuckerproduktion, ihre Entwicklung und technische Vervollkommnung, über das Verhältnis von Produktion und Konsumtion und das Verhältnis der verschiedenen Industrien zueinander, die mittelbar oder unmittelbar mit der Zuckerindustrie zusammenhängen. Bezeichnenderweise brachte die Ausstellung kein Material über die Kapitalinvestitionen in der Zuckerindustrie, ihre Vertrustung, die sozialen Verhältnisse in ihr, die Unterschiede in der Zuckerkonsumtion der verschiedenen Länder und Bevölkerungsschichten. Wir wollen in unserer Abhandlung diese Angaben einfügen.

Die Weltzuckerproduktion betrug 1913/14 18,4 Millionen Tonnen, sie sank bis 1919/20 auf 15,1, um bis 1924-25 auf auf 22,4 Millionen Tonnen zu steigen. Vor dem Weltkrieg schien die Rübenzuckerproduktion mit 8,6 Millionen Tonnen die Rohrzuckerproduktion allmählich zu überflügeln. Da Mitteleuropa, der Hauptsitz der Rübenzuckerproduktion, durch den Krieg am meisten gelitten hat, sank die Rübenzuckerproduktion 1919-20 auf 3,2 Millionen Tonnen (das heißt 36 Prozent der Weltzuckererzeugung) weit hinter der Rohrzuckerproduktion zurück.

Die veränderten Zahlen der Zuckerproduktion beleuchten zwei welthistorische Vorgänge: Die Verdrängung Englands von seiner Vormachtstellung durch Amerika, wie auf allen Märkten, so auch auf dem Zuckermarkt, und die Zertrümmerung Deutschlands als Großmacht. Der Anteil Deutschlands an der Rübenzuckerproduktion, der 1913/14 2,7 Millionen Tonnen betragen hatte (Deutschland war der zweitgrößte Zucker-, der größte Rübenzuckerproduzent), ging 1924/25 auf 1,6 Millionen Tonnen zurück, ebenso seine Zuckerausfuhr von 1,1 auf 0,25 Millionen Tonnen. Auf der anderen Seite stieg die amerikanische Produktion, die zu 80% Rohr-, zu 20% Rübenzucker liefert, wenn man die Produktion seiner verkappten Kolonien hinzurechnet, ungeheuer. Die Produktion von Kuba stieg in den zwölf Jahren von 1912/13 bis heute von zwei auf fünf Millionen Tonnen, die Produktion von Mexiko auf zirka 165 000, von Brasilien auf zirka 500 000, von Argentinien und Peru auf je 300 000, von Luisiana auf 100 000, von den Haiwai-Inseln uf 626 000. Infolge dieser Riesenproduktion, von der Amerika nur 4,9 Millionen Tonnen für sich verbraucht, wurde es zum Diktator auf dem Zuckermarkt.

Die Riesenzuckerproduktion auf der einen, die Schwächung der europäischen Konsumtionskraft auf der andern Seite, haben ein Ueberangebot auf dem Weltzuckermarkt erzeugt. Die Freihandelsära ist endgültig dahin. Durch den schärfsten Zollkrieg versuchen die Zuckerhändler den verloren gegangenen Markt zurückzuerobern.

England gelang es bereits, durch die Imperial Preference (gegenseitige Zollbegünstigungen der englischen Reichsteile) die Zuckereinfuhr von seinen Dominons und Kolonien von 129 000 auf 173 000 Tonnen zu steigern und entsprechend die außerbritische Zuckereinfuhr einzudämmen. Trotzdem ist es England unmöglich, den Weltmarkt zurückzuerobern. Deutschland plant einen Zoll von 20 und 18 Mark für je 100 Kilo Raffinade und Zucker (1913/14 4,80 und 4,40 Mark!). Polen, der drittstärkste Rübenzuckerproduzent Europas, belastet den inländischen Konsum mit einem 100%igen Zoll, trotzdem übersteigt sein Weißzuckerexportpreis mit 35 Zloty für je 100 Kilo (Inlandpreis zirka 80 Zloty!) noch immer den Weltmarktpreis. Auch die Tschechoslowakei, der zweitgrößte Rübenzuckerproduzent, hat eine Zollmauer um ihre Zuckerproduktion errichtet. Auch die hohe deutsche Zuckersteuer, die der Entente verpfändet ist, ist ein Kampfmittel dieser Staaten, sich der deutschen Zuckerkonkurrenz zu entledigen. In der tschechoslowakischen Zuckerindustrie ist viel amerikanisches Kapital investiert. Die polnische Zuckerausbeute ist fast vollständig an Amerika verpfändet. Mit allen Mitteln ringt Amerika seine Konkurrenten nieder.

Die Führung in dem Zollkrieg haben die großen Zuckertruste. Der Zollkrieg verstärkt ihre Macht und hilft ihnen, ihre kleinen Konkurrenten aufzusaugen. In Amerika beherrschen drei große Gruppen, die Atlantik- mit 16 760, die Golf- mit 3950, die Pazifikgrupp mit 2680 Tonnen täglicher Zuckerproduktion den Markt. Das größte Unternehmen der Atlantikgruppe, die American Sugar Refining Co. in Baltimore, hat eine Kapazität von 4, eine Erzeugung von 2,5 Millionen Tonnen. Sie beabsichtigt die Fusion mit der größten Zuckerfabrik von Kuba. In Deutschland bestehen vier große Konzerne, der Baltische, Schlesische, Magdeburg-Braunschweigische und der Hallesche Konzern, die sich die größten Raffinerien unterworfen haben und durch Sperrung des Rohzuckers die übrigen Raffinerien aushungern. Umgekehrt haben in der Tschechoslowakei die großen Raffinerien sich die Rohzuckerfabriken unterworfen, und zwar unter Führung der wichtigsten Banken (Zivnostenska Banka, Böhmische Industrie- und Landwirtschaftsbank usw.).

Hand in Hand mit der Vertrustung der Zuckerindustrie geht eine Stillegung der veralteten Betriebe und eine immer weitere technische Vervollkommnung und Mechanisierung der Produktion. Die Magdeburger Zuckerausstellung zeigte anschaulich, wie der gesamte Prozeß der Zuckergewinnung und -verarbeitung, von der Verfrachtung der Rübe bis zur Herstellung der verschiedenen Süßigkeiten, die durch Maschinen erledigt wird. Die Elektrizität hat sich der Zuckerindustrie unterworfen. In allen modernen Betrieben werden Drehstrommotoren und Elektromotoren mit Feuchtigkeitsschutzisolation verwendet. Unter den vielen technischen Neuerungen in der Zuckerproduktion wollen wir nur die explodier Geckwerke in Worms erwähnen, denen es als ersten gelungen, sionssicheren Zuckermaschinen (für Siebung, Vermahlung usw.) ist, die Gefahren der elektrischen Ladung des Zuckerstaubes, die alljährlich zu Katastrophen führt, zu beseitigen. Natürlich sabotieren die Zuckerindustriellen die Verwendung dieser Maschinen, da Arbeiterleben billiger sind als die teuren Apparate.

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Zuckerindustrie gehören zu den schlechtesten. Die rücksichtslose Ausbeutung von Frauen und Kindern in den drei Monaten der eigentlichen Zuckerkampagne ist in allen Ländern gang und gäbe. Die deutschen Zuckerindustriellen benützen mit Vorliebe ausländische Arbeiter als Lohndrücker. Im Jahre 1924 waren es ihrer 26 000. Zu den schlechten Lohnverhältnissen und der Betriebsunsicherheit kommt der gesundheitsschädliche Charakter der Arbeit in den Raffinerien hinzu. Knochen und Zähne werden zerstört, die Haut verfärbt sich, die inneren Organe werden geschwächt. Es wäre von sozialem Interesse, eine Statistik über das unterschiedliche Alter der Zuckerindustriellen und der Zuckerarbeiter herzustellen.

Der Zucker wird, außer direkt im Haushalt, in den zuckerverarbeitenden Industrien verwandt: Schokolade-, Marmeladen- und Konserven-, Bonbons-, Pralinees- und Dragee-Industrie. Die deutsche Schokoladenindustrie verbraucht 640 000, die Marmeladen- und Obstkonservenindustrie 200 000 Doppelzentner Zucker jährlich. Gleichzeitig mit der Entwicklung der Zuckerindustrie stieg der Verbrauch von Rohkakao in Amerika von 67 600 vor dem Krieg auf 166 000, in Deutschland von 52 500 auf 88 000 Tonnen, womit Deutschland, wie vor dem Krieg, an zweiter Stelle im Weltkonsum steht. Der Konsum der Niederlande beträgt 41 065, Großbritanniens 52 677, Frankreichs 43 323 Tonnen.

Auch der Zuckerkonsum ist gestiegen, aber weniger als die Produktion. Amerika hat einen Zuckerverbrauch von 55 Kilo pro Kopf und Jahr, England von 37 Kilo, die Niederlande von 30 Kilo, Oesterreich und Belgien von je 23 Kilo, Frankreich von 21 Kilo, Italien von 9 Kilo und Polen, der große Zuckerproduzent, von nur 6⅓ Kilo pro Kopf und Jahr. Deutschland, in dem der Zuckerkonsum in den ersten Jahren des Krieges auf 25 Kilo gestiegen war, hat heute nur noch einen Konsum von 15 Kilo.

Wenn auch die Zuckerproduktion an Bedeutung zurücktritt gegenüber der Produktion von Kohle, Petroleum, Eisen und Baumwolle, so zeigt sich doch auch auf diesem Gebiete die Kräfteverschiebung zwischen den Großmächten und der verschärfte, alles eher als friedfertige Kampf der Staaten um Zurückeroberung ihrer Machtposition, der ausgefochten wird auf dem Rücken der Arbeiterschaft und der Kolonialvölker.

Ein Arbeitsmädel

Der Roman einer Illusion.

Von Otto Müller Glösa.

29

Dann aber kam Rosa bald zu sich, überlegte sich blitzschnell, wozu sie sich hatte gewinnen lassen und erschreckte vor dem Geschehenen. In wenigen Minuten ernüchterte sie vollständig. Im Nu dachte Rosa an ihre Mutter, den Vater, eine Frau im Hause, die immer ein großes Interesse für sie gezeigt hatte, Fräulein Meisel und die Fräuleins im Atelier, Herrn Segemeier und Fritz Seidel... Vor diesen allen wollte sie sich nicht mehr sehen lassen und gleich sonst wohin gehen. Zunächst lehnte sie sich an die Türe, damit jetzt niemand herein konnte, und weinte ebenso impulsiv, wie sie vor Minuten noch gelacht hatte. Dann entschloß sie sich, schnell fortzulaufen, ohne den Doktor vorher noch eines Blickes gewürdigt zu haben. „Er hat mich beschwindelt, der freche Mensch", dachte sie. Sie haßte ihn jetzt, denn er war an allem schuld. Und als sie gar merkte, daß er auch noch lachte, drehte sie sich um, spie vor ihm aus und schrie: „Sie frecher Kerl, ich erzähle alles Fräulein Meisel."

Da lachte der Doktor laut auf. „Das werden Sie bleiben lassen, wenn Sie sich nicht unsterblich blamieren wollen. Mitgegangen, mitgehangen! heißt es da. Also machen Sie doch um Gotteswillen hier keinen Skandal! Was ist denn los? Deshalb stürzt doch die Welt nicht ein, einmal muß es doch gemacht werden. Ich werde jetzt dem Kellner läuten, unsere Chose bezahlen und dann das gnädige Fräulein nach Hause bringen, nicht wahr, mein liebes Röschen." Während der letzten Worte war er auf Rosa zugekommen, um ihr noch einen Kuß zu geben, sie jedoch hatte ihm ohne weiteres ins Gesicht gespuckt. Rosa weinte. Der Kellner kam jedoch und so mußte sie sich bezwingen. Dieser aber schien jedoch das alles nicht zu sehen, zog einen kleinen Notizblock aus seiner Westentasche und sagte eine Summe, die mehr als zwei Wochenlöhne von Rosas Vater ausmachte. Dann gingen sie. Sie staunte. Unten bei der Garderobe entfloh sie dem Doktor und eilte allein nach Hause.

*

Als am nächsten Morgen Rosa von ihrer Mutter gefragt wurde, wie es gewesen sei, antwortete sie: „Ach... herrlich, ich habe mich tüchtig amüsiert. Der war so freigebig und hat eine tüchtige Zeche gemacht." Als die Mutter indessen in sie drang und sich sehr für Einzelheiten interessierte, erzählte Rosa die Vorgänge bis zur Pause in aller Ausführlichkeit, wobei sie nicht umhin konnte, das alles ein wenig zu färben und zu kolorieren. Von dem aber, was sich nach der Pause ereignet hatte, sprach sie ganz allgemein. „Wir waren dann oben im Restaurant und haben soupiert." Dieses Wort sprach sie mit Betonung aus, weil sie damit rechnete, daß ihre Eltern würden nach seiner Bedeutung fragen müssen. Mit Genugtuung wollte sie es dann erklären. Leider aber wußte es der Vater, der auf seinem Wege zur Arbeit täglich an einem Hotel vorüberging, an dessen Firmenschild zu lesen war: Diners und Soupers. Er erklärte wichtig, was es bedeute. Als Rosa dann die Summe nannte, die der Doktor für sie ausgegeben hatte, staunten Bergers. „Da müßt ihr doch Wein getrunken haben?" forschte Emil neugierig. „Wein, haha, Wein, was denkst denn Du, was viel Besseres. Sekt haben wir gehabt", entgegnete Rosa mit Stolz. Das rief ein neues Staunen hervor bei Bergers, die nur vom Hörensagen von der Existenz des Sektes wußten und deshalb einen großen Respekt vor diesem Getränk hegten. Frau Berger strahlte über das ganze Gesicht und mahnte: „Da siehst Du's, so'n Kavalier kriegt gar nicht jede. Manche würde alle fünfe danach lecken, so was muß man sich warm halten. Mit dem kannst du noch etwas erleben." Rosa, die sich gerade ihr Haar steckte, kichkelte und ihr Gedanke hieß: „Mit dem noch was erleben? Mit dem will ich nichts weiter erleben, das ist ein ganz frecher Kerl!" Es erfaßte sie Wut, wenn sie daran dachte und am liebsten hätte sie laut geschimpft und gesagt, wie sie über diesen Kerl dachte. Aber jetzt war der Vater da, jetzt durfte es nicht gesagt werden, vor ihm schämte sie sich zu sehr. Sie mußte warten, bis sie mit der Mutter einmal allein sein würde. Jetzt ging es nicht mehr, sie mußte zur Arbeit.

Als sie dann im Atelier saß und die Arbeit wieder zur Hand nehmen mußte, fiel es ihr zum Verzweifeln schwer. Noch nie hatte sie die Arbeit so drückend empfunden wie heute. „Wenn doch gleich der Tag herum wäre, aber heute wird es wieder besonders lange dauern, bis Feierabend ist; wenn man so müde ist, wird die Zeit noch länger. Ach, wenn ich doch mal nicht mehr zu arbeiten brauchte", dachte Rosa und versuchte zu beginnen. Doch der Stoff erschien ihr so schwer und hart, als sei er über Nacht zu Leder geworden. Und als sie sich bücken wollte, um etwas aufzuheben, da spürte sie noch mehr, wie müde sie sei. Am liebsten hätte sie sich gleich auf den Fußboden gelegt, um einzuschlafen. Nur schlafen, alles andere war ihr gleichgültig geworden. Als dann die erste Müdigkeit notgedrungen etwas überwunden war, traten die Erlebnisse des vergangenen Abends in bunter Reihenfolge vor Rosas geistiges Auge. Sie versuchte, diese Bilder einstweilen zu verscheuchen, aber vergeblich. Es trat jetzt alles im Zusammenhange und mit Erklärungen auf, und die Quintessenz davon war, daß sich Rosa sagen mußte: „Du bist ihm schrecklich dumm ins Garn gegangen. Du hättest den Kerl auf den Besen laden sollen. Alles mitmachen, das Fest, das Soupen, den Sekt... aber „das andere" nur nicht und das wollte der bloß. Wäre ich nur nicht so dumm gewesne, da könnte ich jetzt lachen und der feirt sich nun eins."

Eine spontane Wut überfiel sie. „Wenn er nur hier herein käme, ich würde aufspringen und ihm ins Gesicht speien und vor allen hier sagen: Sie gemeiner Kerl haben mich so überrumpelt, weil ich noch nicht alles so wußte und betrunken haben Sie mich gemacht, damit ich nicht mehr wissen sollte, was ich tue. Sie sollten sich schämen und angezeigt werden. Sie denken, weil Sie Doktor sind, können Sie alles machen. Aber ich werde schon mal Rache ausüben. Sie denken wohl, ich vergesse das so schnell?"

Aber bald danach fiel ihr ein: „Wenn er bloß heute nicht hereinkommt, da kann ich das noch nicht sagen, weil ich zu müde bin. Aber Fräulein Meisel werde ich heute noch sagen, wie ihr Pflegesohn das Geld verschleudert."

Je näher jedoch der Feierabend heranrückte, desto mehr schwand der Mut Rosas, weil sie sich nur nach Schlaf sehnte. Am anderen Tage dachte sie schon wesentlich anders und war entschlossen, allen, auch ihrer Mutter gegenüber, Stillschweigen zu bewahren. Dabei sprach die Erwägung mit: „Wenn du ihr es erzählst, so gibst du ihr etwas in die Hand, was sie dir eines Tages wieder vorwerfen wird." Und da sich der Doktor viele Wochen nicht im Atelier sehen ließ, geriet diese üble Erfahrung einigermaßen in Vergessenheit.

Trotzdem hinterließ diese Erfahrung Einflüsse auf den Charakter Rosas. Sie hielt sich heimlich doch für ein „unanständig gewordenes Mädchen", das sich nun bemühen müsse, durch ein „anständiges Betragen" seinen Ruf wieder zu verbessern. In der Tat richtete sie jetzt ihr Leben danach ein. Sie umging jede neue „Herrenbekanntschaft".

(Fortsetzung folgt.)

Liebich-Theater

Monat Juni 1925

Täglich 8 Uhr Täglich 8 Uhr

Gastspiel

Hartstein

und Gesellschaft

Der unverwüstliche Soldatenschwank

Der Stolz der 3. Kompagnie

Bisher über **2000 mal** aufgeführt!

Ferner:

Dunio und Gegna
Die Straßenmusikanten

Herrmann Mestrum
Humorist

Hickey's Circus
Urkomischer Dressurakt

Tanzgastspiel Blinowa u. Worontzow und Senta Born

Witaly Oriwe
Spanische Exzentriks

„Die goldene Spinne"
Jaleski und Partnerin

Mensch oder Illusion?
Die verblüffende Neuheit

Ermäßigte Sommerpreise.

Schauspielhaus

Operettenbühne
Tel. Ring 2545.

Heute 8 Uhr
und täglich:

„Anneliese von Dessau".

Ein neuer BOX-Doppelball

billig zu **verkaufen**

bei **Kirchner**

Posenerstr. 34

Versammlungskalender.

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau. Ortsgruppe Breslau. Mittwoch, den 24. Juni 1925, abends 7,30 Uhr, öffentliche Amnestiekundgebung im Minoritenhof. Genosse Glückauf spricht über Marx. Jeder Jungarbeiter(in) erscheint und fordert mit uns die Amnestie.

Breslau. Bezirk Nordost. Sonntag, den 28. Juni früh um 7 Uhr, Propaganda-Ausflug nach Schwoitsch, Lanisch und Steine. Nachmittags Nachmittags 3 Uhr Rückmarsch von Steine nach Schwoitsch. Treffpunkt: Baugewerksschulplatz. Rote Frontkämpfer uniformiert.

— Bezirk Nordost. Genossen(in), welche Interesse am Massengesang haben, treffen sich Donnerstag, den 25. Juni, abends 7,30 am Baugewerksschulplatz. Es kommen nur Genossen(in) in Frage, welche die Partei bei Ausflügen und Demonstrationen unterstützt. Zahlreiches Erscheinen wird erwünscht.

Waldenburg. KJ. Donnerstag, den 25. Juni 1925, Heimabend im „Jugendheim". Vortrag von Genossen Bäßold über Parlaments- und Rätesystem. Beiträge sind noch zu bezahlen. Wer Sowjetsterne haben will, muß Geld mitbringen.

Andere Organisationen

Dittersbach. Roter Jungsturm. Dienstag, den 23. Juni, Kameradschaftsabend. Erscheinen ist Pflicht.

Breslau. Jungsturm Gruppe Ost. Dienstag, den 23. Juni abends 7,30 findet bei Franke Tauentzienstraße 173 eine wichtige Gruppenversammlung statt. Jeder Kamerad hat pünktlich zu erscheinen. Sympathisierende sind mitzubringen.

Sie müssen

nur in unserer Zeitung

inserieren

wenn Sie auf Arbeiterkundschaft

reflektieren!

Verlangen Sie Vertreterbesuch durch die Expedition

Breslau, Trebnitzer Str. 50

Jeder klassenbewußte Arbeiter abonniere sofort die „Schlesische Arbeiter-Zeitung"

Führer durch die Geschäftswelt von Waldenburg und Umgegend.

Konfektionshaus **Max Silbermann** Herren- u. Knaben-Bekleidung

Willst Du billig **Möbel** kaufen, brauchst Du nur zum **Wendt** hin laufen — Telephon 1253 — **T. Wendt** Möbelversandhaus — Auenstrasse 35 a — Am Sonnenplatz

Haus- u. Küchengeräte **Partiewarenhaus am Sonnenplatz**

Gustav Neumann Schuhgeschäft Sonnenplatz führt Schuhwaren gut und billig

Fritz Gruhn Papierhaus Schul- und Büro-Artikel Sandstrasse Nr. 3

Fritz Thomas, Lederhdlg. Waldenburg u. Wüstegiersdorf Fernsprecher Nr.

Waldenburger Schuhwaren-Haus A. Jüptner — Friedländer Straße Nr. 5 —

B. Gebauer Kreuzstraße 5 Tabakwaren, Schokoladen und Konfitüren en gros en detail

D. KORN Waldenburg, Friedländer Straße 10 **Herren-Konfektion** Alleinverkauf der Firma Louis Mosberg, Bielefeld

Samen-Handlung **Schlossarczyk & Liebert** Inhaber Otto Liebert Fernspr. 775 Auenstr. 1 Fernspr. 775

Berliner Warenhaus Adolf Jacobsohn Waldenburg, Gartenstr. 6 Wirtschaftsartikel, Spielwaren

R. Schober Kolonialwaren Hochwaldstraße 8

Waffen- u. Fahrradhandlung **Kolbe & Guder** Waldenburg, Viehmarktplatz — Tel. 582

O. Schönfeld Aeltestes Zigarren-Spezial-Geschäft Gegr. 1847 Freiburgerstr. 23 Tel. 610

Möbelhaus Hermann Feder Kirchstrasse 3 Beerdigungs-Institut

R. Haupt Textilwaren — Schuhe — Hausrat Weißstein

Ferdinand Kaizler Fahrrad-Handlung Reparatur-Werkstatt

Seifenfabrik Otto Kunze Friedländer Strasse 6

Kaufhaus Max Holzer Waldenburg Friedländer Strasse 10

Bahnhofs-Drogerie **H. Hellmann** Altwasser Drogen/Farben/Seifen

Else Ucko Freiburger Strasse 3 Spezialhaus für Photobedarf

Emanuel Andrsch Altwasser Herren-Konfektion Arbeiter-Kleidung Hüte — Wäsche — Gummimäntel — Bequeme Ratenzahlung —

Richard Bergmann Altwasser Kolonialwaren

Heinrich Olbrich Hüte — Mützen — Herrenartikel Schuhwaren — Arbeitskleidung Wüstegiersdorf

Kolonialwaren, Zigarren Max Peschke, Wüstegiersdorf.

Richard Moschner, Schuhwaren, Manufakturen, Herren- u. Damenkonfektion Wüstegiersdorf.

Carl Beutel Altwasser

E. Schneider's Nachfl. Altwasser, Bahnhof Damenputz Kurz-, Weiß-, Wollwaren

Kronen-Lichtspiele Altwasser Jede Woche neues Programm

Georg Sindermann Kolonial- und Tabakwaren Altwasser

Franz Teuber Möbel- und Bekleidungshaus Weißstein

Zigarren, Tabak, Zigaretten kaufen Sie gut und billig bei **Franz Leonhardt,** Gottesberg, Fürstensteiner Straße 38.

Paul Bischof Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren Altwasser

Paul Hiltmann Altwasser, Charlottenbrunnerstr. 164 Fahrrad- u. Lederwaren Eigene Werkstatt

K. Herwig, Kolonial- und Schuhwaren Weißstein

Max Wiesener Adler-Drogerie Wüstegiersdorf

Gute Schuhwaren kaufen Sie bei **Oskar Maibaum** Altwasser

Kaufhaus R. Hanke Weißstein

W. Schweitzer & Sohn Spezialhaus für Schuhwaren, Leder und Bedarfsartikel Weißstein und Bad Salzbrunn

Ernst Lante, Weißstein Reste und Partiewaren Porzellan und Topfwaren

Emil Bunzel Kolonialwaren Spirituosen

Kolonialwaren — Zigarren — Zigaretten Obst und Gemüse **A. Podolnik,** Perichkestr. 2

E. NIER Arbeiter-Konfektion und Schuhe

Konditorei u. Café Vierhauser Inh. Franz Scholz hält sich bestens empfohlen

Eugen Leyser Zigarrenhaus

Spirituosen, Weine, Zigarren **Herbert Schäffer** Konfitüren — Südfrüchte

Adolf Wilde Spezialgeschäft für Polstermaterialien

Gasthaus zur **Vorwärts-Hütte** empfiehlt sein neu renoviertes Lokal zu Vergnügungs- u. Versammlungszwecken

P. Reiss Schuhwaren, Herrenbekleidung Hauptstrasse 17

Drogerie „Zur Post" Bertold Beer Cochlusstraße 1

Arbeitsbekleidung F. Kunze Kirchgasse

Siegfried Jacob Manufakturen Damen-Mäntel — Blusen Kurzwaren

Eichner Nachf., Inh.: Manufakturwaren / Modewaren Wäsche / Konfektion

Restehaus E. Hornich Bettfedern Weiß- u. Wollwaren

Paul Krinke & Co. Lederhandlung

A. R. Opitz Kolonialwaren Haus- und Küchengeräte Textilwaren

Verantwortl. f. d. redaktionellen Teil: Alb. Schulz, Inseratenteil: Arthur Müller, Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., sämtlich in Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau

Was der Kumpel sagt!

Wie ich lebe

(Geschrieben eines Waldenburger Bergmanns.)

Um den Lesern unserer Zeitung eine genaue Uebersicht über das Leben eines Waldenburger Bergmannes zu geben, führe ich nachstehend meinen genauen Wochenhaushalt an: Ich bin Familienvater von drei Kindern:

Einnahmen:	Sechs Schichten Abschlag (Hauer)	Mk. 18,—
	Hausstands- und Kindergeld	Mk. 2,—
	Summa	Mk. 20,—
Ausgaben:	Zeitung	Mk. 1,—
	Verbandsbeitragg	Mk. —,50
	Parteibeitrag	Mk. —,30
	7 Brote	Mk. 4,55
	3 Pfund Margarine	Mk. 2,10
	5 Pfund Mehl	Mk. 1,25
	25 Pfund Kartoffeln	Mk. 1,15
	3 Pfund Zucker	Mk. 1,02
	1 Pfund Malzkaffee	Mk. —,40
	7 Liter Milch	Mk. 1,82
	Seife	Mk. —,60
	1 Pfund Speck	Mk. 1,40
	½ Pfund Taks	Mk. —,40
	Pfeffer	Mk. —,05
	Essig	Mk. —,10
	Zichorie	Mk. —,15
	1 Pfund Bohnen	Mk. —,30
	1 Pfund Reis	Mk. —,30
	Gemüse	Mk. 1,—
	Semmel	Mk. 1,—
	Wurst	Mk. 1,—
	Summa	Mk 20,39
Dazu kommen die Monatsausgaben:	Miete	Mk. 7,65
	Licht u. Gas	Mk. 3,35
	Radverein	Mk. —,50
	Kohlfuhre	Mk. 1,50
	Schuhputz	Mk. —,50
	Summa	Mk 13,50

Diese macht pro Woche 3,30 Mark aus.

Also beträgt meine Wochenausgabe 23,74 Mark bei einer Einnahme von 20 Mark.

Für die eine Mark, die ich unter Wurst eingetragen habe, kaufe ich mir des öfteren keine Wurst, sondern ein Päckel Tabak für 40 Pfg. und zwei Bier, welches ich unbedingt haben muß, weil ich in Partei- und Gewerkschaftssitzungen sehr oft das Gasthaus gehen muß.

Wo bleiben aber die Ausgaben für Schuhreparaturen, für Neuanschaffungen, für den gelegentlichen Besuch eines Theaters oder Kinos?

So leben wir nun hier aus einer Woche in die andere, ohne Aussicht auf Besserung. Jede Woche passen wir auf den Freitag, weil es an diesem Tage Geld gibt. Jeden Monat passen wir auf den fünfzehnten, weil es an diesem Tage Lohn gibt. Jeden Monat tragen wir uns mit der Hoffnung, einen guten Lohntag zu haben und werden in der Regel am Lohntag durch die harten Tatsachen enttäuscht.

So leben wir, die Waldenburger Bergleute, schon Jahrzehnte hindurch. Das Hungern und Darben ist uns zur Gewohnheit geworden. Viele von uns denken, daß es auch in Zukunft nie anders werden wird. Nur einzelne, zu denen auch ich mich rechne, glauben trotz und trotz allem an eine bessere Zukunft. Allerdings kann diese bessere Zukunft nur erkämpft werden. Kampf kostet Opfer, aber diese Opfer müssen wir bringen. Zu verlieren haben wir sowieso nichts. —

Bei der Flugblattverteilung

Von einem Waldenburger Kumpel erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Einige Tage vor den Versammlungen am vergangenen Sonntag trafen bei uns die Flugblätter ein. Als Ueberschrift tragen sie: „An die Bergarbeiter des Waldenburger Hungerlandes." Ich erhielt den Auftrag, einen Stoß davon an meine Arbeitskollegen zu verteilen. Es war gerade Freitag, als ich mit meinen Flugblättern vor unserem Schacht stand. Am Freitag gibt es bei uns Abschlag, so daß zum Schichtwechsel am Mittag nicht bloß die Frühschicht und Mittagschicht anzutreffen ist, sondern auch die Nachtschichtler und die Frauen, die das von den Männern empfangene Geld nicht erst nach Hause tragen, sondern es bereits auf dem Weg von der Grube in den Lebensmittelgeschäften gegen Ware umtauschen.

Nun stand ich da und verteilte meine Flugblätter. Die Vorbeigehenden nahmen sie in Empfang, lasen im Weitergehen und machten ihre Bemerkungen dazu.

„An die Bergarbeiter des Waldenburger Hungerlandes", las einer laut unter Betonung des Wortes „Hungerland", und fügte hinzu: „Es ist auch wahr! Es ist ein Hungerland!" Eilig schritt er weiter, denn Punkt zwei Uhr mußte er umgezogen auf der Hängebank stehen und hatte keine Zeit, sich mit mir in eine Unterhaltung einzulassen.

„Ganz meine Meinung!" rief ein junger Bergmann, als ich ihm ein Flugblatt gegeben hatte und er die Ueberschrift las.

Dann kam ein alter Hauer vorbei. Bedächtig studierte er das Flugblatt und sagte: „Es ist auch Zeit, daß hier etwas gemacht wird, denn sonst verrecken wir bald alle."

„Es liegt an uns", gab ich zur Antwort, „wenn wir uns nicht mehr auf die sozialdemokratischen Führer verlassen und uns selbst rühren, so muß und wird es uns gelingen, unser Los zu verbessern."

Ein Dritter kam vorbei, las aufmerksam das Flugblatt und sagte zweifelhaft: „Es ist ja alles ganz ganz gut und schön ..." Er vollendete seinen Satz nicht, doch ich wußte, was er meinte. Der jahrelange Verrat der Reformisten, verbunden mit der eigenen Passivität haben ihm jeglichen Glauben an die Möglichkeit einer Besserung zugunsten der Arbeiter geraubt. Hier konnte ich mit Worten allein den Glauben an den Sieg und den Willen zum Kampf nicht wecken, deshalb sagte ich einfach: „Verfolge mit Aufmerksamkeit die Politik der Kommunisten und ihre Taten, dann wirst du feststellen, daß es noch eine Arbeiterpartei gibt, die tatsächlich nur die Interessen der Ausgebeuteten vertritt."

„Jeder lobt sich selbst," gab er zweifelnd zur Antwort und schritt weiter.

Eine Frau, der ich das Flugblatt gab, sagte:

„Ja, ja, es ist das wahre Hungerland! Das Geld, welches ich vom Mann heute erhalten habe, kann ich nicht einmal bis nach Hause bringen. Ich werde es schon unterwegs in den Geschäften abladen müssen und werde nicht einmal die alten Schulden damit decken können. Es ist das wahre Hungerland."

Interessant war die Unterhaltung mit einem alten Sozialdemokraten. Nach dem Lesen des Flugblattes sagte er bissig: „Da sieht man wieder einmal, wie die Kommunisten schwindeln. Wir arbeiten acht Stunden und in dem Flugblatt schwindeln die Kommunisten von 15 Stunden. 15 Stunden wird nicht einmal über Tage gearbeitet."

„Kollege," gab ich zur Antwort, „vergiß nicht, daß es in Schlesien nicht nur Bergbau gibt. In der Hausindustrie der Weber gibt es keine Begrenzung der Arbeitszeit und dort arbeiten sie nicht bloß 15, sondern auch mehr Stunden."

Das leuchtete ihm ein und er lenkte das Gespräch auf ein anderes Thema.

Alles in allem konnte ich feststellen, daß das Flugblatt sehr gut aufgenommen wurde. Die Proleten fühlten, daß die kommunistische Partei sich tatsächlich Mühe gibt, ihr Los zu verbessern. Nur sind sie alle mißtrauisch, denn allen in Erinnerung ist noch das Jahr 1918, wo die Macht in ihren Händen lag, und dann nichts daraus geworden war, weil die Sozialdemokraten diese Macht Stück für Stück an die Reaktion auslieferten. Deshalb hat die Kommunistische Partei ein sehr schwieriges Arbeiten. Der einmal verloren gegangene Glaube an die Führerschaft ist nicht so leicht wieder hergestellt.

Aber trotz und trotz allem: Der Kommunistischen Partei wird es gelingen, das Vertrauen der Ausgebeuteten zu gewinnen und sie zum Siege zu führen.

Wie wir uns kleiden

Ein Waldenburger Kumpel schreibt uns:

Für unsere „Kumpel"-Beilage will ich heute mal schreiben, was alles ich und meine Familie an Kleidern und Wäsche besitzen.

Meinen Sonntagsanzug habe ich im Jahre 1925 erstanden. Es ist natürlich kein Sonntagsanzug, sondern das, was wir hier als „Proletarierkostüm" bezeichnen. Einen Ueberzieher oder Mantel besitze ich nicht. Einen Hut besitze ich wohl, habe diesen im Jahr 1921 erstanden, trage ihn aber sehr selten. Sonntagsschuhe besitze ich nicht und laufe Sonn- und Wochentags in meinen Militärschuhen.

Was meine Frau anbetrifft, so besitzt diese weder ein Sonntagskleid noch einen Mantel. Ihr bestes Kleidungsstück sind die Sonntagsschuhe, die ich ihr im Jahre 1925 gekauft habe.

Mein Bestand an Leibwäsche setzt sich folgendermaßen zusammen:

Oberhemden keine.
Ganze Hemden zwei.
Geflickte Hemden vier.
Ganze Unterbeinkleider eins.
Geflickte Unterbeinkleider drei.
Ganze Socken ein Paar.
Gestopfte Socken zwei Paar.

Meine drei Kinder besitzen an Kleidern und Wäsche folgendes:

Guten Anzug nein.
Ganze Hemden je eins.
Geflickte Hemden je zwei.
Ganze Unterbeinkleider keine.
Geflickte Unterbeinkleider je zwei Paar.
Ganze Strümpfe je ein Paar.
Gestopfte Strümpfe je ein Paar.
Schuhe jedes ein Paar geflickte.
Holzpantinen je ein Paar.

Mit meinem Bestand an Kleidern und Wäsche stehe ich Ich kenne viel Kollegen, die mehr oder größere Kinder haben. Ich kenne viele Kollegen, die mehr oder größere Kinder haben, bei denen es in Punkto Kleider- und Wäschebestand bedeutend schlechter aussieht als bei mir.

Wir gehen wie Bettler gekleidet, weil die 18 Mark Abschlag pro Woche kaum fürs Essen langen und vom Lohn muß man die Miete, die Gas-, Licht- und sonstigen monatlichen Rechnungen bezahlen. An Neuanschaffung von Kleidern und Wäsche können wir nicht einmal denken.

Weshalb erhalten wir denn keine Lohnerhöhung? Deshalb weil wir in den letzten Jahren an einen ernsten Kampf gegen die Grubenbarone nicht gedacht haben und freiwillig geben diese nichts.

Ich glaube aber, daß nach und nach die Kollegen doch aus der Passivität erwachen und den Kampf aufnehmen werden. Zu verlieren haben wir sowieso nichts. Wenn wir nicht kämpfen so sind wir dem langsamen Hungertode preisgegeben. Deshalb ist es schon besser: Wir kämpfen!

Der Mord an den Grubenarbeitern vor dem Landtage

Ablehnung aller Bergarbeiter-Forderungen

Von einem Bergarbeiterabgeordneten wird uns geschrieben:

Ueber vier Monate sind seit der letzten Katastrophe von „Minister Stein" dahingegangen. Mittlerweile sind neue Katastrophen wie „Matthias Stinnes" und „Dorstfeld" gefolgt. Zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Bergarbeiter ist aber noch nichts geschehen.

Im Preußischen Landtag wurden nach dem Unglück von „Minister Stein" über 20 Anträge eingebracht, in denen alles Mögliche zum Schutze der Bergarbeiter gefordert wurde. Diese Anträge wurden dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen um in ihm beraten zu werden. Die Herrschaften aber, die nach dem Unglück von Mitleid und Beileid für die Bergarbeiter geradezu trieften, dachten überhaupt nicht daran, etwas zu tun, deshalb galt es für sie, die Beratung und Verabschiedung der Anträge möglichst weit hinaus zu schieben. Mittlerweile würden die Bergarbeiter das Unglück vergessen und dann braucht man selbst nur zu ihrer Beruhigung nichts mehr zu tun.

Aber mitten in die schönen Osterferien der Herren Parlamentarier platzte die Katastrophe von „Dorstfeld" hinein. Die kommunistische Fraktion verlangte sofort die Einberufung des Landtags und die Verabschiedung der von ihr gestellten Anträge. Doch die Herren ließen sich nicht aus der Ruhe bringen. Um aber den Bergarbeitern zu zeigen, daß sie auch für „Dorstfeld" etwas tun, wurden neue Anfragen und Anträge gestellt, die dann, wie nach „Minister Stein", in den Ausschuß wandern sollten.

Bei dem Wiederzusammentritt des Landtags am 8. Juni unterzog in einer Geschäftsordnungsdebatte unser Genosse Sobottka diese Heuchelei einer scharfen Kritik und verlangte die sofortige Beratung und Verabschiedung der Anträge. Angesichts der letzten Opfer konnte man nicht mehr umhin und so wurden in der Woche vom 8. zum 13. Juni im Ausschuß für Handel und Gewerbe die Anträge beraten und beschlossen, was in Zukunft zum Schutze der Bergarbeiter geschehen soll.

Bei der Beratung mußten all die Herrschaften Farbe bekennen. Sozialdemokraten und Zentrum, die nach dem Unglück so radikale Forderungen stellten, mußten nun beweisen, ob sie es auch wirklich ernst meinten, oder die Forderungen nur leere Demonstration sein sollten. Doch die Kunst eines richtigen sozialdemokratischen und zentrümlichen Parlamentariers ist außerordentlich groß. Er bringt es fertig, einen Elefanten zu fordern, und wenn dann ein Mäuschen erscheint, dann bringt er es auch fertig, seinen Getreuen plausibel zu machen, daß dieses Mäuschen wirklich der von ihm geforderte Elefant sei.

So war es auch bei den Forderungen zum Schutze der Bergarbeiter. Von den Kommunisten wurden schon seit Jahren gefordert:

Grubenkontrolleure

von den Bergarbeitern gewählt, vom Staate bezahlt. Dieser Forderung schlossen sich Sozialdemokraten und Zentrumsleute die sie früher bekämpft hatten, nach der Katastrophe von „Minister Stein" ebenfalls an. Ja, der sozialdemokratische Antrag ging noch in einem Punkt weiter als der kommunistische.

In dem kommunistischen Antrag wurde gefordert: ein Grubenkontrolleur für je 15 000 Bergarbeiter, der aber mit bestimmten Rechten ausgestattet sein mußte. Der sozialdemokratische Antrag forderte sogar für jede Zeche einen Kontrolleur.

Bei den Beratungen im Ausschuß waren es aber die Kommunisten allein, die an ihrem Antrag festhielten. Sozialdemokraten und Zentrum gaben den Wünschen der deutschnationalen und volksparteilichen Grubenherren immer mehr nach, so daß anstatt der Grubenkontrolleure für jede Grube nur noch für jedes Bergrevier so eine Art Verbindungsmann, der den Namen Grubenkontrolleur führen soll, gefordert wird.

Aber auch dieser soll nicht von den Bergarbeitern gewählt, sondern vom Oberbergamt auf Vorschlag der am Tarifvertrag beteiligten Organisationen ernannt werden.

So ist aus dem Grubenkontrolleur eine weiße Salbe geworden, durch die kein Bergarbeiter geheilt wird.

Ebenso verhielt es sich mit dem

Verbot des Prämien- und Antreibersystems

Auch hier blieben nur die Kommunisten auf ihrem Antrag bestehen der ein Verbot jeglicher Prämienzahlung verlangte. Die Zentrumsleute und Sozialdemokraten, die ein Verbot der Revierprämien verlangten, die Zahlung einer Schachtprämie aber gestatten wollten, sind auch hier umgefallen. Nachdem der kommunistische Antrag auf gänzliches Verbot der Prämien abgelehnt wurde, erklärten die Kommunisten, daß sie jetzt für den sozialdemokratischen und zentrümlichen Antrag für Verbot der Revierprämien stimmen werden. Den Sozialdemokraten und Zentrumsleuten war es dadurch unmöglich gemacht worden, auch hier umzufallen, alle ihre eigenen Anträge preiszugeben und mit den Grubenherren durch dick und dünn zu gehen, dazu hatten sie nicht ganz den Mut. Die Vertreter der Regierung und der Grubenherren kämpften aber mit allen Mitteln für Beibehaltung des Prämiensystems. Trotzdem wäre das verbrecherische Revierprämiensystem gefallen, denn Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten hatten im Ausschuß genau so wie im Landtage die Mehrheit und konnten die Revierprämien verbieten. Aber die sozialdemokratischen Bergarbeiterführer Otter, Franz u. Co. denken und der Herr Bergwerksdirektor Osterroth, einstens Bergarbeiter, dann Arbeitersekretär in Waldenburg lenkt. Und so erschien auch hier Herr Osterroth im letzten drohenden Moment und lenkte die Gefahr von den Grubenherren ab. Er beantragte, daß nicht alle Revierprämien verboten werden sollten, sondern nur die reinen Revierprämien. Also

die Revier- und Antreiberprämien sollen weiter bestehen.

Man soll sie nur mit einer Schachtprämie um fünf Prozent verwässern. Bei der ganzen Beratung ist also für die Bergarbeiter nicht das geringste herausgekommen, noch nicht einmal ein Verbot des Revierprämiensystems, das die ganze Bergarbeiterschaft einschließlich der unteren Grubenbeamten fordert.

Genau so ist man in der Frage der Betriebsräterechte, der Arbeitszeitverkürzung, der Bestrafung der schuldigen Grubendirektoren und Bergrevierbeamten an dem Unglück von „Minister Stein" über die kommunistischen Anträge lächelnd hinweggegangen. Geradezu empörend mußte es wirken, als Genosse Sobottka den Antrag auf Bestrafung des Betriebsführers Berges, Assessors Bruch und des Direktors Brandi begründete, erklärte Herr Otter für die Sozialdemokraten, daß der Ausschuß nicht dazu da wäre, um sich als Richter aufzuspielen. Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß gegen den Steiger und den Hilfssteiger Strafantrag gestellt sei, und sie auch zur Rechenschaft gezogen würden.

Gegen die Grubendirektoren vorzugehen, läge keine Handhabe vor.

das sei Sache des Staatsanwalts.

So werden hier ein paar kleine Beamte Opfer des verbrecherischen Systems, während die großen Verbrecher unbestraft bleiben.

Im Plenum des Landtages werden in der nächsten Woche die Kommunisten den zentrümlichen und sozialdemokratischen Bergarbeiterführern nochmals Gelegenheit geben, ihre Bergarbeiterfreundlichkeit zu zeigen.

Für die deutschen Bergarbeiter gilt es aber:

Heraus zum Protest gegen die schamlose Behandlung ihrer Forderungen.

Waldenburg

Mitgliederversammlungen im Unterbezirk Waldenburg

Mittwoch, den 24. 6., in Friedland, 7 Uhr abends.
Donnerstag, den 25. 6., in Altläßig, 5 Uhr abends.
Freitag, den 26. 6., in Langwaltersdorf, 6 Uhr abends.
Sonnabend, den 27. 6., in Görbersdorf, 7 Uhr abends.
Sonntag, den 28. 6., in Neurode im „Ringkaffee", 10 Uhr vormittags.
Sonntag, den 28. 6., in Konradsthal, 2 Uhr nachmittags.
Montag, den 29. 6., in Seitendorf, 6 Uhr abends.
Dienstag, den 30. 6., in Lehmwasser.

SPD.-Parole: „Prolet verreck'!"

Am 12. Juni fand in Nieder-Salzbrunn die Sitzung des Wohlfahrtsausschusses statt mit dem Thema: Reduzierung des Wohlfahrtsetats von 8000 auf 5500 Mark. Es wurden sämtliche 75 Ortsarme durchgenommen und davon wurde

23 die Unterstützung gestrichen.

Die Streichungen wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Anträge des Kommunisten Ernst wurden als undurchführbar abgelehnt. Unter den Gestrichenen befindet sich z. B. eine Frau, die dreimal in der Woche zum Bauern arbeiten geht und dafür Kost und sage und schreibe 25 Pfennig erhält. Eine andere gestrichene Familie hat ein Monatseinkommen von 56 Mark.

*

Arbeiter, steigt euch nicht die Schamröte ins Gesicht, wenn ihr hört, daß es „Arbeitervertreter" sind, die für eine solche niederträchtige Aushungerung der Aermsten der Armen stimmen. Dieselbe Gemeinde, die 23 Arme zum Hungertod verurteilt, hat mit Hilfe des Schöffen Klesisch 16000 Mk. an die Firma Ohme verschenkt.

Arbeiter denkt daran und sorgt dafür, daß die bodenlose Gemeinheit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Gemeindevertreter nicht nur in jedem Hause in Nieder-Salzbrunn, sondern in allen Teilen des Waldenburger Reviers bekannt wird.

Ober-Waldenburg. Skandalöse Wohnungsverhältnisse wie überall in Deutschland haben wir auch in Ober-Waldenburg. In dem Grundstück Albertistraße 6 wohnt eine 10 köpfige Familie, Vater, Mutter, Sohn, Tochter mit zwei Kindern, Sohn mit seiner Frau und ebenfalls zwei Kindern in einer Kellerwohnung 4½ Meter lang, 4½ Meter breit. Vater, Mutter, Söhne, Töchter und Schwiegertöchter hausen in einer Wohnung. Bei Niederkünften der Tochter und Schwiegertochter stehen keine weiteren Räume zur Verfügung. Trotzdem der Gemeinde diese haarsträubenden Zustände bekannt sind und der Mieter schon mehrmals den Antrag auf eine größere Wohnung gestellt hat, ist die Dringlichkeit seines Antrages immer noch nicht anerkannt worden. Das ist die Moral der bürgerlichen Gesellschaft.

Freiburg. Aus dem Stadtparlament. Es war wohl Anfang November vorigen Jahres, wo die kommunistische Fraktion im Stadtparlament gefordert hatte, daß die „Schlesische Arbeiterzeitung" als Publikationsorgan für die Stadt Freiburg auch in Frage käme. Allerdings ist dieses natürlich ein ungeheures Objekt und die Stadt Freiburg wäre wohl nicht daran zu Grunde gegangen. Trotzdem brauchte man damals verschiedene Sitzungen, um diese ganz einfache Sache zu Fall zu bringen. Bemerkenswert waren natürlich auch die Zwischenbemerkungen des Ratsherrn Finkbaber SPD., man könne doch nicht in einem Blatt inserieren, das auf einem so niedrigen Niveau steht, als die „Schlesische Arbeiterzeitung". Der gute Ruf der Stadt leidet darunter. Jawohl der gute Ruf der Stadt, der leidet, man darf bloß die Ausflügler einmal fragen und nicht nur zu hören, was sie von Freiburg halten, da kann man oft hören, daß es heißt, die Stadt geht anstatt vorwärts — rückwärts. Letzten Sonntag konnte man hören und staunen, wie die Ausflügler, die den Grund und Fürstenstein besuchen, fragen, wie lange noch die Steine am Ring liegen werden die schönste Zierde der Stadt, wenn auch die Pflasterung des Ringes nichts taugt. Damals bei der Beratung konnte doch auch die SPD.-Fraktion den Antrag stellen, die „Bergwacht" als Publikationsorgan zu nehmen. Nein, sie tat es nicht, sondern sie sagte nur: dann käme die „Bergwacht" auch in Frage. (Wie steht es jetzt mit der Bekanntmachung in der Nr. 136 der „Bergwacht" über die Pflichtfeuerwehrübung von Freiburg, die vom Magistrat unterzeichnet ist?) Bitte Aufklärung. Vergeblich warten wir auch noch auf die Beantwortung der Fragen wegen des Pumpversuchs in der Harte, ob das Geld, was voriges Jahr bewilligt wurde, gereicht hat, oder ob man dieses Jahr vielleicht noch einmal soviel zu diesem Zwecke haben muß. Daß es in den Büros nicht immer so klappt wie es klappen sollte, zeigen die Benachrichtigungen zur Kirchensteuer. Viele Arbeiter haben eine Zuteilung zur Zahlung von Kirchensteuern erhalten, obwohl sie schon Jahre und sogar noch länger (1913) aus der Kirche ausgeschieden sind. Notwendig ist, daß sich die Polsnitzer und Zirlauer Arbeiterschaft sich etwas mehr um kommunale Angelegenheiten kümmern als bisher. In allernächster Zeit wird sich die Arbeiterschaft auch wieder einmal mit der Eingemeindungsfrage befassen, denn die Zeit ist kurz gesagt, die günstigste. Wasserversorgung, Gasversorgung, Schulwesen, Sportfragen, das heutige Stadtbad, alles Fragen, welche die Arbeiterschaft aller drei Gemeinden gemeinsam interessiert. Es sollten hier Schritte von seiten des Kartells schon lange unternommen sein. Vielleicht drängen die Delegierten bald einmal darauf.

Wüstegiersdorf. Denkmünzen statt Kampf. Die hiesige Zahlstelle des Steinarbeiterverbandes erhielt von Striegau 120 Stück eine Art Denkmünzen aus Aluminium in Form der früheren Fünfmarkstücke, abgebbar zu 50 Pf. das Stück. Die Vorderseite trägt die Inschrift: Zur Erinnerung an den Blutsonntag in Striegau am 26. 12. 24. In der Mitte ist das Brustbild des Stadtrates Müller. Auf der Rückseite am Rand ist weiter zu lesen: „25 Verurteilungen — 15 Jahre 2 Monate Gefängnis. Denkt an das Schreckensurteil in Schweidnitz."

In der Mitte: „Der Hauptangeklagte Reichsbannerführer Gustav Müller wurde zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt." Arbeiter, Reichsbannerleute, denkt darüber nach, wie würde wohl die SPD.-Presse bellen, vor allen Dingen die „Bergwacht", wenn wir für unsere Genossen, die für nichts weiter als um das bißchen Freiheit kämpften, auf 10 und 15 Jahre, sogar lebenslänglich ins Zuchthaus fliegen, solche auffallende Münzen herausgeben würden. Sie würden schreien — wie sie es so oft getan haben — Opfer der KPD. Ja, ja, so ist es mit den Striegauern, Reichsbannerleuten, wer für die Republik eintritt, fliegt ins Gefängnis, nicht erst jetzt, wo Hindenburg oben sitzt, sondern auch seinerzeit, wo Ebert, ihr Freund, noch oben war. Es bleibt sich also Jacke wie Hose. Und als dann die Schlacht in Striegau vorüber war, verlangte die Bourgeoisie Schupobelagerung, um das nächste Mal die Arbeiter besser niederschlagen zu können, und die Herren Sozialdemokraten stimmten mit dafür. Seit Monaten schreit die SPD.: „Kampf um die Amnestie!" Wo bleibt der Kampf? Ihr Arbeiter, denkt nicht nur an das Schreckensurteil in Schweidnitz, sondern an die Schreckensurteile in ganz Deutschland.

„Selbsthilfe" erzwingt euch die Amnestie!

Konradsthal. Immer langsam voran. Wenn man im hiesigen Ort die Postbelieferung betrachtet, so fühlt man sich nicht im kultivierten Europa, sondern ins halb verwilderte Indien versetzt, wo der Landbriefträger unter der ständigen Gefahr, von Straßenräubern, Tigern und Elefanten überfallen und zerfleischt zu werden, oft monate- und jahrelang an einem Gange zu tun hat, um die Post bis an den Persischen Golf und über die sturmgepeitschten Pässe des Himalaja an den Adressaten zu bestellen. Braucht doch eine Postkarte drei Tage, mitunter auch mehr, Zeit, um von Konradsthal Kreis Waldenburg bis Seitendorf Kreis Waldenburg und umgekehrt endlich an den Empfänger zu gelangen. Kommt also nun ein Todesfall vor, so ist die sterbliche Hülle des Entschlafenen bereits der kühlen Mutter Erde übergeben, ehe die Nachricht die Angehörigen erreicht.

Hier sind es jedoch nicht die lauernden Gefahren wie in China, sondern es sind die Folgen der Sparmethode der Reichspost. Die Postagentur in Konradsthal wurde abgebaut und die zwei Beamten nach Bad-Salzbrunn versetzt, von wo aus wir beliefert werden. Ueberdies hat Konradsthal einen Bahnhof. (Das ist ein Haltepunkt, an dem fahrplanmäßige Züge fahrplanmäßig halten und abfahren.) Fast an jedem Zuge sehen wir den Postwagen. Wohl schaut der Postbeamte vergnügt zum Fenster des Postwagens heraus aber die Postsachen müssen bis Station Bad-Salzbrunn mitgenommen werden, um von dort von dem bedauernswerten Postboten nach Konradsthal geschleppt zu werden. Es wäre jedoch verfehlt, wollte man den für geringes Geld schuftenden Postboten für diese Bummelei verantwortlich machen. Vielmehr kann es einem leid tun, wenn man sieht, wie der Bote in Schweiß gebadet ein fast unter der Schwere der Pakete zusammenbrechnds Fahrrad von Salzbrunn bis Konradsthal schiebt. Schuld ist einzig und allein die Postdirektion, welche die Agentur abbaute. Was gedenkt die Post gegen diese Zustände zu tun? Den Dorfbewohnern ist dringend zu raten, jede Unregelmäßigkeit der Postbestellung beschwerdeführend an die Postdirektion zu bringen.

Aus der Provinz

Aufgaben für unsere Kommunalvertreter

Die Amnestie der Luther-Regierung hat sich als ein großer Schwindel entpuppt. Unsere Kommunalvertreter haben sofort in den Ortsparlamenten Anträge einzubringen, in denen aufs schärfste gegen diesen Amnestiebetrug protestiert wird. Weiter muß verlangt werden, daß die Gemeindevertretungen von der Regierung eine sofortige große allgemeine Amnestie erwarten, die sich auf alle politische Vergehen erstreckt.

In allen Orten, wo Holzarbeiter ausgesperrt sind, haben unsere Genossen durch entsprechende Anträge von den Gemeinden zu fordern, daß die Ausgesperrten aus Gemeindemitteln unterstützt werden.

Im Waldenburger Hungerland müssen unsere Kommunalvertreter von den Gemeindeparlamenten verlangen, daß sie den Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion zu dem ihrigen machen, indem von der preußischen Regierung für Wohnungsbau und Sonderzulagen an Sozialrentner und sonstige Unterstützungsempfänger für die Kreise Waldenburg und Neurode ein Sonderfonds von 20 Millionen Mark gefordert wird.

Wir hoffen, daß die Kommunalvertreter diese Aufgaben erfüllen.

Quittung

über die beim Bezirksvorstand der „Roten Hilfe" eingegangenen Beiträge im Monat Mai 1925.

5.	Mai	1925	Ortsgruppe	Girlachsdorf	Mark 47.—
5.	"	"	"	Frankstadt	" 7.30
7.	"	"	"	Striegau	" 22.—
7.	"	"	"	Bolkenhain	" 16.—
11.	"	"	"	Breslau Bez. Nord	" [illegible]
11.	"	"	Bezirksleitung 10 Proz. Gehaltsabzug		" 54.—
11.	"	"	10 Proz. Gehaltsabzug Vol. Schulz		" 30.—
15.	"	"	Zeitungsverlag		" 100.—
15.	"	"	Ortsgruppe	Langenöls	" 3.65
16.	"	"	"	Straupitz	" 12.70
23.	"	"	"	Breslau, Bezirk West	" 10.—
23.	"	"	"	" " Nordost	" 6.—
23.	"	"	"	" " Zentrum	" 2.10
25.	"	"	"	Peiskerwitz, freiw. Spende	" 3.—
26.	"	"	"	Hirschberg	" 16.30
26.	"	"	"	Landeshut	" 25.50
26.	"	"	"	Breslau	" 5.—
26.	"	"	"	" freiw. Spende	" 10.—
26.	"	"	"	" Bezirk Ost	" 15.—
26.	"	"	"	Cosel	" 7.60
26.	"	"	"	Bezirksleitg., Markenverkauf	" [illegible]
16.	"	"	"	Görlitz	" 20.—
18.	"	"	"	Nieder-Salzbrunn	" 18.50
29.	"	"	"	Gesammelt im Betrieb bei der Firma Thaßler, Girlachsdorf	" 17.95
29.	"	"	"	Gesammelt bei der Firma Thaßler Häslicht	" 11.50
29.	"	"	Ortsgruppe	Gottesberg	" 6.—

Unterstützt wurden im Berichtsmonat insgesamt
14 Frauen 25 Kinder 14 Gefangene.

8,80 Mark — Acht Mark und achtzig Pfennige — von der Ortsgruppe Ober-Salzbrunn am 6. Mai d. J. erhalten, die auf Konto des Zeitungsverlages gutgeschrieben worden sind.

Breslau, den 15. Mai 1925.

Rote Hilfe, Bezirksvorstand Schlesien.

Bolkenhainer Allerlei

Einen frommen Moralkämpfer

besitzt Bolkenhain in der Person des Webmeister Schweshla (SPD.). Bei einem Gespräch entpuppte sich dieser bürgerliche Friedensschwärmer als großer Kriegsteilnehmer gegen Abd el Krim. Schweshla erklärte, er stehe auf demselben Standpunkt wie die französische Sozialdemokratie. Denn Frankreich brauche die Kolonien. Die Rifleute seien ein aufrührerisches Volk und müssen niedergehalten werden. Deshalb erfolgte mit Recht die Bewilligung der Kredite. So sehen die aus, die „Nie wieder Krieg" schreien.

18000 Mark

werden nicht verwendet zum Bau von Proletarierwohnungen, sondern zur Verschönerung des Rathauses. Man läßt es gelblich abputzen und baut vorne heraus einen Balkon von welchem der Bürgermeister öfters einen Vortrag halten wird über die Bekämpfung des Volkselends und die Hebung der Wohnungsnot.

Gut geschlafen

hat der hiesige Bürgermeister. Er hat unseren „Roten Tag" verschlafen. Trotzdem hat er stattgefunden. Offenbar hat der hiesige Bürgermeister die Aufhebung des Demonstrationsverbotes verschlafen.

Oder sollte ihm die Hitze in der letzten Woche geschadet haben?

Herausgeflogen

sind aus dem Betrieb der Mechanischen Weberei vor langer Zeit der Vorsitzende der GWB. Kaupach, da er aber jetzt beim Heimatsfest als Gaukelmännchen mitspielt, hat ihn der Direktor Kosch wieder eingestellt. Ueber einen reuigen Sünder ist mehr Freude bei den Kapitalisten wie über tausend Gerechte.

Landeshut. Berichtigung. In Nr. 16 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" erschien ein Artikel „Barmherzige Schwester als Unkier". Ich, der damals verantwortliche Redakteur, Erich Glückauf, habe mich überzeugt, daß ich der in Frage kommenden Diakonissin, Fräulein Martha Heiber in Landeshut, infolge falscher Informationen unrecht getan habe, nehme daher ihre Beleidigung zurück und leiste ihr Abbitte.

Görlitz. Parteiversammlung. Am 19. Juni fand hier im Felsenkeller eine Parteiversammlung statt. Unterbezirksleiter Genosse Pröllop sprach über die politische Lage. Er streifte kurz die Kämpfe der Arbeiter in China und den Krieg der unterdrückten Völker in Marokko. Des weiteren sprach er über die neuen Beschlüsse des Zentralausschusses. Sämtliche Genossen stellten sich nach erfolgter Aussprache einmütig hinter die Beschlüsse und die Taktik der Zentrale. Des weiteren wurde über die Aufforderung der IAH. und der 3. Internationale an die 2. Internationale, sich an dem Hilfswerk in China zu beteiligen, gesprochen. Ferner wurden die Delegierten zum Parteitag gewählt und noch verschiedene organisatorische Fragen erledigt.

Breslau

Breslau, 23. Juni.

Sechs Wochen Gefängnis wegen Flugblattverteilung

Der Genosse Hermann Wanke war wegen Vergehens gegen das Republik-Schutzgesetz angeklagt — angeblich soll er im Wachtlokal dem Wachtmeister Franke ein Flugblatt (Haarmannflugblatt — Haarmannpolizei) in „provozierender Weise" übergeben haben. Das Flugblatt, behauptete der Staatsanwalt, sei aufreizend gewesen und Wanke habe bestimmt den Inhalt des Flugblattes gekannt. Außerdem soll er zu dem Wachtmeister Franke gesagt haben: „Die Schupo können wir gut in der Roten Armee als Offiziere gebrauchen. Die Schupo soll uns den Endkampf nicht so schwer machen. Das kommt über Nacht." Der Staat sei dadurch gefährdet worden. Eine Geldstrafe komme nicht in Frage und er beantrage

3 Monate Gefängnis.

Da nicht erwiesen werden konnte, daß Wanke die Flugblätter verteilte, wurde er nur deshalb verurteilt, weil er Mitglied der KPD. ist. Der Staatsanwalt stützte sich darauf, daß Wanke Funktionär der Kommunistischen Partei sei und sich agitatorisch und propagandistisch für die Partei auch im Betrieb betätigt habe. Das Gericht erkannte daraufhin auf sechs Wochen Gefängnis.

Genosse Wanke sagte zum Schluß dem Staatsanwalt und Richter unangenehme Wahrheiten und wurde deshalb hinausgewiesen.

Probefahrt der neuen Straßenbahnwagen

Von den bestellten 40 neuen Straßenbahnwagen — die auf Drängen der Kommunisten Breslauer Firmen übergeben wurden — sind gestern die ersten zwei geliefert worden. Sie gleichen mit geringen Abweichungen den sogenannten Zeppelinwagen und haben Doppeldecke und Hebefenster. Die Konstruktion ist vollständig in Eisen gehalten. Der Innenraum erscheint durch die dünnen Wände recht breit. Die Sitze sind mit Plüsch gepolstert. Einer der neuen Wagen machte eine Probefahrt über die Kaiserbrücke, hierbei fiel der ruhige Gang des Wagens angenehm auf.

Was wird aus Breslau's Theater?

Die Frage der Breslauer Privatbühnen beschäftigte am 17. 6. den Magistrat. Ein endgültiger Beschluß konnte zunächst nicht gefaßt werden, da der Magistrat die Zeit für zu weit vorgeschritten und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bühnen für zu wenig geklärt hält, um schon jetzt ein bindendes Abkommen treffen zu können. Man kam jedoch überein, die Verhandlungen weiter fortzuführen in dem Bestreben, möglichst bald ein Ergebnis zu erzielen, das den Bestand der Breslauer Kunstinstitute künstlerisch und wirtschaftlich sichert und das zugleich der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Rechnung trägt. Ist also demnach die nächste Zukunft noch nicht restlos geklärt, so erscheint doch nach der bisherigen Haltung aller Beteiligten die Hoffnung berechtigt, daß eine Einigung wird erzielt werden können. Die kommende Spielzeit wird leider wohl nur eine vorläufige Lösung bringen können, vielleicht in der Richtung, daß bis zur endgültigen Klärung Dr. Loewe selbst die Führung der drei Bühnen übernimmt.

Der Verbrauch von Gas, Wasser und elektrischem Strom wird im Monat Juli nicht abgelesen werden, weil in diesem Monat viele Haushalte der Ferien wegen nicht zugänglich sind und auch die Erheber selbst beurlaubt werden. Infolgedessen wird im August der Verbrauch für zwei Monate festgestellt und die Gebühr hierfür einkassiert werden. Bei den Großabnehmern tritt eine Aenderung nicht ein. Bei ihnen wird auch im Juli abgerechnet werden.

Aus der Partei

Folgende Ortsgruppen des Unterbezirks Hirschberg haben noch nicht die Abrechnungen für Mai eingesandt: Hermsdorf u. K., Liebau, Petersdorf, Krausendorf, Straupitz, Reichhennersdorf; ebenso stehen aus verschiedenen Gruppen noch die Beitragsgelder aus. Wir bitten, daß dies sofort nachgeholt wird.

Unterbezirk Hirschberg

In folgenden Ortsgruppen finden nächste Woche Mitgliederversammlungen statt, in denen alle Genossen erscheinen müssen. Es wird Stellung genommen zur politischen Lage und die Delegierten zum Bezirksparteitag gewählt. Deshalb fehle kein Genosse. Die Versammlungen finden wie folgt statt:

Am Mittwoch, den 24. Juni, in Ruhbank.
Am Donnerstag, den 25. Juni in Krausendorf.
Am Freitag, den 26. Juni in Reichhennersdorf.

Alle Geldsendungen für die Bezirksleitung sind unter entsprechender Kenntlichmachung ob für Beiträge, Kampffonds usw. auf das Postscheckkonto Nr. 113 96 Postscheckamt Breslau, Arthur Mi[illegible] Breslau 10 Trebnitzer Straße 50, zu überweisen.

Achtung! Bücherausgabe!

Jeden Mittwoch, von 5.30 bis 7.30 Uhr abends erfolgt Bücherausgabe Trebnitzer Straße 50. Die Bibliothek enthält jetzt die neuesten Werke über Leninismus und Volkshochschulwesen